

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1982.

Sonnabend, den 14. Mai 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile ober deren Raum 40 Hg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Hg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 10 Hg., jedes weitere Wort 5 Hg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis per annum: 3,30 Mk. monatlich 1,10 Mk., höchstens 20 Hg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Hg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Hg. Post-Abonnement: 1,10 Mk. pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Propaganda der That!

Sein diplomatisches Entgegenkommen hat dem Grafen Bälto nichts genügt. Den Geistern des reaktionären Umsturzes genügen schönrednerische Unterwerfungen, halburchsichtige Versprechungen künftiger Willfährigkeit nicht mehr. Sie schreien nach Thaten. Sie wissen vielleicht noch nicht ganz genau, was sie wollen, aber sie wollen es entschieden. Sie sagen auch noch nicht ganz genau, was sie wollen, aber auf alle Fälle wollen sie den Sturz des Rammes, über dessen Regierung sich am Freitag im Herrenhause eine Flut wilder Beredsamkeit ergoß. Und während die Lucius und Manteuffel Angriff und Angriff, Anklage auf Anklage häuften gegen eine Regierung, deren „Rachricht“ gegenüber der Sozialdemokratie „an Schwäche grenze“, und die dem stuchwüthigen geheimen Reichstags-Wahlrecht durch Einführung des Klostergesetzes gar noch Zugeständnisse gemacht habe, spielte Herr v. Rheinbaben elegant mit seinem Bleistift, sah Herr v. Hammerstein, in sich selbst vertrauensvoll, bei seinen Affen, bemühten sich auch die Herren v. Budde und v. Podbielski vollendete Gleichgültigkeit zu heucheln, indes der angegriffene Ministerpräsident fern blieb, sei es im Gefühle der Sicherheit seiner Position, sei es um einen verlorenen Posten rechtzeitig zu räumen. Die einzigen wenigen, aber schneidigen Worte, die im Laufe einer dreistündigen Debatte vom Ministerische stelen, richteten sich gegen den Mann, der als einziger in gewissem Sinne als Verteidiger der Regierung aufgetreten war: gegen den Professor Gustav Schmoller.

Herr Professor Schmoller, der sich in demütigen Komplimenten vor dem Hause der Manteuffel erging und für die Thaten Manteuffels, des Vaters, des Ministers der Gegenrevolution, des Mähmens Feindes finden konnte, der umständlich über die „Gefährlichkeitsinponderabilien des Hofes“ jammerte, die „der große Gelehrte Karl Marx“ in das deutsche Volk hineingetragen hätte, verspricht sich von Gewaltsamkeiten nichts, nichts von der Diktatur eines feudalaristokratischen Massenregiments. Ihm, dem emporgelommenen Plebejer, der so fromm gegen den Bahn der Volkssouveränität eiferte und sich dennoch vergeblich um die Thatfache herumzuwinden versuchte, daß er im Vorjahre, anlässlich der Landtagswahlen, mit der Idee eines Kompromisses mit der Sozialdemokratie zum mindestens gespielt hatte, galt zunächst der heilige Jörn und der ingrinnige Hohn seiner gebornen Kollegen.

Los gegen das Reichstags-Wahlrecht! Der Minister des königlichen Hauses, Herr v. Wedel-Piesdorf, war es, der am Freitag als erster in das thalendurftige Haus das erlösende Wort warf. Er hat die freie Zeit, die ihm der Dienst in der Nähe des Königs übrig läßt, dazu benutzt, gleich einem fertigen Plan auszuarbeiten. Abschaffung des geheimen Wahlrechts, Einführung eines mäßigen Censur und Erhöhung des Wahlalters auf mindestens dreißig Jahre! Herr v. Wedel, der über die Gedanken, die man in seiner jetzigen Umgebung über das wichtigste Volkrecht hegt, nichts verriet, glaubte doch aus seiner früheren Erfahrung als Reichstagsmitglied mitteilen zu können, daß die Konservativen für die Vereinfachung des jetzigen Reichstags-Wahlrechts zu haben wären. Wenigstens zu seiner Zeit seien alle für die Abschaffung gewesen, aber keiner durfte es sagen aus Angst um die Mandate.

Als sich dann später der Vicepräsident des Reichstages, Graf Stolberg, erhob, hätte ein Optimist annehmen können, er gedente namens seiner Fraktion gegen den Vorwurf eines so niedrigen Strauchritterturns, einer so überaus erbärmlichen und feigen Menschensünderthat, entrisst zu protestieren. Aber Graf Stolberg bestätigte nur seines vorlauteren Kollegen psychologische Erklärung, indem er behauptete, die Frage einer Aenderung des Wahlrechts, auf Grund dessen die konservativen Reichstags-Abgeordneten gewählt seien, sei in der Reichstagsfraktion niemals erörtert worden. Soweit sich diese Erklärung auf offizielle Fraktionsstimmungen bezieht, mag es mit ihr vielleicht ihre Nichtigkeit haben.

Der Minister des königlichen Hauses hatte das Ziel gezeigt. Aber wo der Weg? Wenn selbst die Herren aus Dyrreuxen und Pommern die Rebellion ihrer schaffgebildigen Wählerfraktion fürchten müssen? Wenn die nationalliberale Partei aus Angst vor der verhassten Souveränität des wahlberechtigten Volkes dem Vertreter seiner Geheimnisse, Herrn Mend, den Laufpaß giebt? Die Manteuffel und Mirbach haben darum keine Sorge. Staatsstreik? Wer wird dieses aufreizende, erbitternde Wort gebrauchen, das im ganzen Lande die Geister der Rebellion wachruft? Für den Staatsstreik, meint Herr v. Manteuffel, würde die Zeit vielleicht noch kommen, aber jetzt sei nicht die Zeit, von ihm zu reden. Und Graf Mirbach hat die Lösung des Rätsels in der Tasche. Wenn ein bestimmter Reichstag den Wahlrechtsraub mitzumachen zu feige ist, so appelliert man eben an einen andren Reichstag, der eine andre Mehrheit hat. Das ist natürlich so gemeint, daß bei Reichstagswahlen, die sich unter der Parole des Wahlrechtsraubes vollziehen, das jetzige Wahlrecht auf streng legalem Wege den Wählerfraktionen an sich selber vollziehen würde. Denn wenn Graf Mirbach es anders meinte, wenn er etwa dachte, das neue Wahlrecht solle, nach preussischem Muster, oktroiert werden, so hätte er sich eine ebenso nichtswürdige wie durchsichtige Heuchelei zu Schulden kommen lassen, wie sie unter ersillastigen Geseggebern nicht möglich ist.

Herr v. Manteuffel erzählt ausführlich, wie er es gemacht hätte, wenn er Anno 1903 Reichstanzler gewesen wäre. Er hätte den Reichstag gleich nach der Verabschiedung des Vorkriegs aufgelöst und wäre Arm in Arm mit Eugen Richter in den Wahlkampf gegen den Umsturz gezogen. Daß Herr v. Manteuffel nicht schon 1903 Reichstanzler war, ist ja ein Fehler, der zum großen Bedauern

der Sozialdemokratie nicht mehr gut gemacht werden kann. Desto mehr Eile hat's, wenigstens noch die schönen Reste zu retten.

Daß im Kampfe gegen die Sozialdemokratie mit geistigen Waffen nichts auszurichten sei, darüber herrscht nur eine Meinung von Herrn v. Buch, der erzählt, wie weinende Arbeiter, von ihren Arbeitern gezwungen, für die Sozialdemokratie stimmen, bis zu Herrn Penze, dem Oberbürgermeister von Warmen, der vielleicht nicht ganz ohne Bosheit die Herrenhändler ermahnt, zunächst der Sozialdemokratie ihre Organisationen und ihre Opferwilligkeit nachzugeben. Herr v. Manteuffel meint, im geistigen Kampfe würde es ihm und seinen Gefellen ergehen wie den Russen in der Manchurien: Ein Nüchliches Geständnis erblicher Regierungsweisheit, das noch lächerlicher wird durch den Vorwand, die Masse sei eben nicht im Stande, die erleuchtete Politik ihrer geborenen Führer zu begreifen.

Die Sozialdemokratie, die über den Verstand des Volkes etwas weniger pessimistisch denkt, will allerdings den Versuch noch einmal wagen, der den Herren völlig aussichtslos dünkt. Sie wird in den nächsten Tagen das Protokoll der Herrenhaus-Sitzungen vom letzten Mittwoch und Freitag in Massen im ganzen Reich verbreiten und es der Einsicht des Volkes überlassen, ob es, wie Herr v. Wedel mathematisch berechnen kann, in absehbarer Zeit völlig zur Sozialdemokratie übergehen oder sich noch rechtzeitig zur Erbvererbung der Manteuffel und Mirbach bekehren will.

„Eine Sozialistendebatte“ — wird das Protokoll unter dieser Flagge seinen Weg ins arbeitende Volk nehmen dürfen? Vom Sozialismus ist in dieser Debatte herzlich wenig geredet worden. Als Jaurès im Jahre 1885 den blauen Republikaner und Lobfänger des Sozialismus, Jules Ferry, nach dem eigentlichen Endziel seiner Politik fragte, antwortete dieser, sein Ziel sei eine Menschheit ohne Gott und ohne König. Fragt man aber einen preussischen Herrenhändler, was ein Sozialdemokrat sei, so sagt er: die Sozialdemokraten wollen keinen Gott und keinen König. Es ist nicht das Prinzip des Sozialismus, dem der Kampf gilt, er gilt allen modernen Forderungen, allen bürgerlichen Liberalismus, der im Westen längst zur Ueberreife gediehen ist, der aber im Deutschen Reich keinen andren Hüter seiner vom Bürgerturn schmählich im Stiche gelassenen Ideal besitzt als das deutsche Proletariat. Er gilt den Geistern der Aufklärung, dem siegreichen Gedanken der Demokratie, gilt dem Plane einer Staatsform, die es unmöglich macht, erkannte Interessen des Volkes unter einem brutalen Massenregiment zu erklären. Und wie Fürst Bismarck, als er von des verrückten Robiling Schrottschuh erfuhr, mit der Faust auf den Tisch schlug und rief: „Jetzt habe ich sie“, damit aber nicht die Sozialdemokraten meinte, die er niemals unterkriegt, sondern die Liberalen, so kam der neue Vorstoß der reaktionären Propaganda der That wohl das deutsche Bürgerturn noch ein Stück tiefer in den Staub treiben, aber nichts der Sozialdemokratie anhaben, die, treu erkannter Wahrheit, durch alles, was da kommen mag, ihren Weg wandelt und sich vor allen Wedeln und Manteuffeln so wenig fürchtet, wie vor Gespenstern der lichte Tag.

Die Herrenhaus-Reden gegen die Sozialdemokratie vom 11. und 13. Mai werden unmittelbar nach Erscheinen des amtlichen Stenogramms im Verlag der Buchhandlung Vorwärts als Agitationsbroschüre herausgegeben werden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. Mai.

Dunkelarrest für die Wahrheit.

Als der sozialdemokratische Dreimissionstag vom 16. Juni den bürgerlichen Parteien den blauen Säuren in die Glieder jagte, wurde in der Presse eifrig über die Ursachen unsres Erfolges diskutiert. Im Laufe dieser Unterhaltungen wurde schließlich als ein Hauptgrund des bürgerlichen Niederganges bezeichnet, daß die bürgerlichen Parteien immer wieder der Sozialdemokratie das Anklagenmonopol gegen thatfällige Mißstände überlassen. Das müsse anders werden, auch die staatsbehaltenden müßten sich an der Kritik der bestehenden Zustände beteiligen.

Anfangs schien es, als ob in der That die Lehren des 16. Juni einen Erfolg in dieser Richtung haben würden. Man wetterte, wie in der Socialpolitik, so auch in den kritischen Bedenken. Indessen der reaktionäre Instinkt erwies sich bald härter als die partei-diplomatische Abficht. Bereits bei der ersten Gelegenheit, und zwar bei einem Anlaß, wo man gerade eine besonders heftige Aufwallung der versprochenen bürgerlichen Konkurrenz-Kritik hätte erwarten sollen, stand die Sozialdemokratie wieder ganz allein als Anklägerin und als Hüterin der Wahrheit, während die bürgerlichen Parteien die Sozialdemokratie mit Weitschweifigkeiten zu vertreiben und die offenkundige Wahrheit im Dunkelarrest zu Tode zu martern suchten.

Am Freitag stand im Reichstage unsre Resolution zum Strafvollzug zur Debatte, die bezweckt, wenigstens die schlimmsten Mißstände zu beseitigen, Stichen und Geisteskranken Pflege und Schutz zu verschaffen und in den Fällen schwerer Disziplinarkrafen den Verurteilten zuverlässige Rechtsgarantien zu sichern. Ein fürchterliches Anklagenmaterial war in den letzten Wochen gebäuft worden. Was jeder, der längere Zeit im Gefängnis zugebracht hat, längst wußte, wurde durch die gewissenhaften Veröffentlichungen allkundig beweisbar gemacht. Die dürren Aktenfesseln redeten die jedes fühlende Herz aufs tiefste erregende Sprache menschlichen Elends.

Man hätte erwarten sollen, daß der gesamte Reichstag die nachgewiesenen Mißstände beklagen, etwas über sozialdemokratische Ueber-treibungen hinzusetzen und im übrigen, wenn nicht den Vorklaut, so doch die Tendenz unsrer Resolution billigen würde. Nichts dergleichen geschah. Mit einem unbegreiflichen Fanatismus, als gälte es in der Todesmarter des Dunkelarrestes, in Weitschweifigkeiten, in der Vernachlässigung Kranker, im Strafvollzug an Geisteskranken die heiligsten Güter der staatsbehaltenden Klassen zu schützen, roittete sich alles nicht gegen die Mißstände, sondern gegen die — Sozialdemokratie zusammen. Unter der Führung des freimüthig-vollsparteiischen Krates Dr. Mugdan, dem von der äußersten Rechten brillanter Beifall gesendet wurde, entstanden geradezu Tollhausenszenen rasenden Hasses gegen die Sozialdemokraten, der sich gerade bei einer Gelegenheit ausgie, bei der man hätte annehmen sollen, daß sie nicht zur sozialdemokratischen Parteifache gemacht werden würde, daß alle Parteien vielmehr wetteifern würden, ihren guten Willen zu beweisen. Niemand erhob sich für unsre Resolution außerhalb unsrer Partei, nur noch der eine Herr v. Gerlach, der dafür mit höhnischen Jurufen selbst aus dem Lager seiner engsten politischen Nachbarschaft überschüttet wurde.

Auf diesen Erfolg können wir stolz sein, denn er beweist aufs neue, daß in Wahrheit alle ernsten Kulturbestrebungen nur noch von der Sozialdemokratie vertreten werden. Und wenn es auch und ekel, mit so niedrigen, von jedem Ideal verlassenen Gegnern uns herumzuschlagen zu müssen, so gewinnen wir dafür die reinliche Scheidung und das anspornende Bewußtsein, daß in unsre Hände das ganze Heil der Kultur gegeben ist, daß wir allein alles thun müssen — gegen eine Welt von Barbaren. Wir tragen die ganze Verantwortung vor der Geschichte — und diese Verantwortung ist geeignet, unsre Kräfte zu steigern und jegliche Hindernisse zu überwinden.

In einer ruhigen und klaren Rede hatte unser Genosse Gradnauer die Mißstände des Strafvollzuges dargelegt, aus der Fülle des Materials einige Fälle erörtert und die Abänderungsvorschläge begründet.

Herr Nieberding erhob sich, um das Haus in seiner trockenen Manier zu beschwören, die Resolution abzulehnen, die ein Mißtrauens-votum gegen die Verwaltung darstellte. Was aber brachte der Herr gegen das Anklagenmaterial vor? Er behauptete, daß es teils übertrieben, teils falsch sei, ohne auch nur einen Punkt als irrig nachzuweisen, geschweige daß er gewagt hätte, die veröffentlichten Aktenstücke als gefälscht oder auch nur als ungenau zu behaupten. Das scheint der neueste Trick zu sein: Stellen wir Behauptungen auf, so fordert man altenmäßige Beweise, geben wir aber diese Beweise und kann man nicht von Fälschungen sprechen, so wird einfach behauptet, zehnmal behauptet, daß nichts richtig ist. Dahin schickte Herr Nieberding das Urteil des Hauses ein, indem er mittelste, daß zur höheren Ehre unsrer Resolution gegen eine große Anzahl meist sozialdemokratischer Wähler, darunter gegen den „Vorwärts“, Strafantrag gestellt sei. Man weiß, was dabei für die Feststellung der Wahrheit herauskommt: Eine Anzahl Redakteure werden Gelegenheit erhalten, die Untersuchungs-Ergebnisse aus eigener Anschauung kennen zu lernen. Sonst hatte Herr Nieberding kein Mittel der Entkräftung und Widerlegung. Es sei denn, daß man es für eine Widerlegung hält, daß er die Glaubwürdigkeit des Herrn Leuz und seines Buches über die Zustände durch eigentümlich mangelhafte und irreführende Mitteilungen aus den Akten zu erschüttern unternahm. Dabei bewies der Staatssekretär, daß er selbst von den Möglichkeiten des heutigen Strafvollzuges keine Ahnung hat. Denn er versuchte Gradnauers Schilderung dadurch aus der Welt zu schaffen, daß diese Greuel durch die neuesten Verfügungen nicht mehr vorkommen könnten; Gradnauer habe diese Neuregelung des Strafvollzuges verschwiegen und ältere Fälle vorgeführt. Dabei beruhte die ganze Darstellung unsres Redners ausschließlich gerade auf diesen neuesten Bestimmungen.

So kläglich Herrn Nieberdings Aussprüche waren, sie genügten, um Herrn Spahn vom Centrum vollständig zu überzeugen. Er redete eine seiner aus der Vorkampzeit her bekannten Reichsgerichts-entscheidungen, erklärte sich für durchaus zufrieden, und bewies sogar die ganze Sache an die preussische Justiz.

Schließlich aber übernahm Herr Mugdan, der Volksparteiler, die Führung der Parteien des Dunkelarrestes, schimpfte zum Jubel des ganzen Hauses über gestohlene Aktenstücke, Mißbrauch der Presse, Verleumdungen der Werke — niemand hatte nur ein Wort des Vortwurfs gegen den Oberarzt von Wiesensee geäußert — und „stellte fest“, daß alles erlogen sei. So endete die Debatte, in die außer Gradnauer noch Stadthagen von unsrer Seite eingriff, mit heftigen Auseinandersetzungen über — die Sozialdemokratie.

Preussischer Landtag.

Das Abgeordnetenhaus beriet am Freitag Initiativanträge und Petitionen. Der freimüthige Antrag betreffend gefeigerische Maßnahmen zur Einführung der fakultativen Feuerbestattung wurde nach kurzer Debatte, in der die konservativ-kerikale Mehrheit wieder ihren frömmelnden Standpunkt vertrat, gegen die Stimmen beider freimüthiger Parteien, der Nationalliberalen und einiger Freikonservativer abgelehnt, einige hierzu vorliegende Petitionen durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Eine längere Debatte rief ein von beiden konservativen Parteien und den Nationalliberalen eingebrachter Antrag auf Vorklegung eines Gesetzentwurfs betreffend die Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen hervor. Der Antrag, der ein Kompromiß bildet und wie Freiherr von Zedlitz (ft.) in der Begründung hervorhob, ein gebel-

Nähes Zusammenarbeiten der „staatsverhaltenden“ Parteien ermöglichen soll, geht davon aus, daß die Unterhaltung der Volksschulen den bürgerlichen Gemeinden oder Gemeindeverbänden unter ergänzungswise Beteiligung des Staates an den Kosten obliegt. Die konfessionelle Frage soll in folgender Weise geregelt werden: In der Regel sollen die Schüler einer Schule derselben Konfession angehören und von Lehrern ihrer Konfession unterrichtet werden. Ausnahmen sind nur aus besonderen Gründen zulässig, insbesondere aus nationalen Rücksichten oder da, wo dies der historischen Entwicklung entspricht. Lehrer, welche zur Erteilung des Religionsunterrichts für konfessionelle Minoritäten an Schulen anderer Konfession angestellt sind, dürfen voll beschäftigt werden. Erreicht die Zahl der schulpflichtigen Kinder einer konfessionellen Minderheit eine angemessene Höhe, so hat diese Minderheit den Anspruch auf Einrichtung einer Schule ihrer Konfession. Zur Verwaltung der Schulangelegenheiten sind neben den ordentlichen Gemeindebehörden in den Städten Schuldeputationen und auf dem Lande Schulvorstände einzurichten, bei denen der Kirche, der Gemeinde und den Lehrern eine angemessene Vertretung zu gewähren ist. Bei Neuordnung der Schul-Unterhaltungspflicht ist zugleich für die Beseitigung unbilliger Ungleichheiten in der Belastung der verschiedenen Schulverbände und in der Höhe des Dienst-einkommens der Volksschullehrer zu sorgen.

Der Antrag legt also das Prinzip der Konfessiona-
nalität der Volksschule fest. Ein auf seiner Grundlage
zustande gekommenes Gesetz würde die Herrschaft der Pfaffen
über die Schule vereiteln und sich nicht wesentlich von dem
gescheiterten Zedlitzschen Entwurf unterscheiden. Dem Centrum
geht es noch nicht weit genug, die Herren wollen überhaupt,
auch nicht ausnahmsweise konfessionelle Schulen. Die Re-
gierung scheint, nach den Äußerungen des Ministers Studt
zu urteilen, einem Gesetz auf Grundlage des Zedlitzschen
Antrages nicht abgeneigt zu sein. Der Antrag wurde in
seinem ersten Teile angenommen, in seinem zweiten Teile, der
die konfessionelle Frage regelt, der Unterrichtscommission
überwiesen.

Am Sonnabend stehen kleinere Vorklagen auf der Tages-
ordnung.

Die Specialberatung des Stats im Herrenhause,
die der im Leitartikel gewürdigten Generaldebatte folgte,
begann beim Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung. Ein
Antrag v. Rheden, der sich gegen jede Aenderung des
Fleischbeschau- und Schlachthausgesetzes ausspricht, schließlich
aber zurückgezogen wurde, gab dem Hause Veranlassung, die
neuliche Diskussion über die Interpellation der Bürgermeister
fortzusetzen. Es kam hierbei zu einem Zusammenstoß zwischen
dem Berliner Oberbürgermeister Rischner, der dem Land-
wirtschaftsminister einige Vorwürfe machte, und Herrn
v. Podbielski, der seiner erfolgreichen Leidenschaft für die
Schweinezucht in der ihm eignen Weise unter beleidigenden
Ausfällen auf die Vertreter der Städte Ausdruck gab.

Am Sonnabend wird die Specialberatung des Stats fort-
gesetzt.

Vom südwestafrikanischen Kriegsschauplatz

Liegen Nachrichten über mehrere Zusammenstöße von geringerer Be-
deutung vor. Das eine Gefecht liegt bereits weit zurück. Nach
einem Telegramm Leutweins lautete die heliographische Meldung
darüber:

Outjo: Oberleutnant Sollmann 28. April Gefecht mit
12 Weibern 10 Kilometer östlich Windi gegen versprengte
Hereros aus Distrikt. Diesseits ein Kriegsfreiwilliger gefallen.
Hereros 31 Tote.

Outjo liegt 200 Kilometer nördlich von Karibib und ca. 180 Kilo-
meter südwestlich von Grootfontein. Es handelte sich nur um einen
zufälligen Zusammenstoß. Auffallend ist an der Meldung nur
wieder, daß 31 versprengte Hereros getötet, aber kein einziger
verwundet oder gefangen genommen wurde. Die Hereros haben
also — um mit Leutwein und Stübel zu reden — trotz schwerster
Verwundungen weiter geschossen, so daß sie getötet werden mußten!
Ferner wird dem „Tag“ im Anschluß an die Meldung
Leutweins, die wir in unserer letzten Nummer bereits wiedergaben,
gemeldet:

„Zand Meckers Farm bei Olumbaha wurde von
den Hereros überfallen, zwei Viehposen weg-
genommen und mehrere eingeborene Wächter
getötet.“

Leutwein will bleiben!

Die „Nordb. Allg. Ztg.“ meldet:
Auf eine Anfrage an den Gouverneur Leutwein
wegen der ihm in einem Zeitungstelegramm aus Windbul zu-
geschriebenen Absicht, beim Eintreffen des General-
leutnants von Trotha nach Deutschland zurückzukehren, hat der
Gouverneur in einer hier eingegangenen dienstlichen Meldung
erklärt, er habe keine Aeußerung über eine Absicht
der Rückkehr nach Deutschland getan, er werde das in
ihn gesetzte Vertrauen auch fernerhin zu rechtfertigen suchen und
Herrn v. Trotha redlich zur Seite stehen.

Nun wird sich der Berichterstatter des „Local-Anzeigers“ Herr
Hauptmann Dannhauer, ja wohl zu der Angelegenheit
äußern!

Ein königlicher Prinz in Südwestafrika?

Unter der Spitzmarke: „Ein königlicher Prinz in Südwest-
afrika“ meldet die „Deutsche Kolonialzeitung“, daß
„guten Vernehmen nach der zweite Sohn Seiner königlichen Hoheit
des Prinzen Albrecht von Preußen, Prinz Joachim Albrecht
dennoch mit dem Radschubtransport die Ausreise zum
Kriegsschauplatz in Südwestafrika antreten werde.“

Das wird dann ja wohl auch eine Vermehrung des Stabes und
des Trostes zur Folge haben! Und schon dem Generalleutnant
v. Trotha wird nach einer Berliner Meldung der Münchener
„Allg. Ztg.“ ein riesenhafter Stab mitgegeben werden. Die
Persönlichkeiten sollen durch das Militärkabinett vorge schlagen werden
und sind noch nicht bekannt. In dem Stabe wird sich auch ein
Geograph befinden, der durch Professor v. Richtofen ausgewählt
wird. Die Größe des Stabes ist am besten dadurch zu veranschaulichen,
daß 300 Pferde für ihn nötig sein werden.

Deutsches Reich.

Leipzig, 13. Mai. (Telegramm.) Das Reichsgericht ver-
warf heute die Revision der Redakteure Leid und Kaliski
vom „Vorwärts“, die am 8. Januar vom Landgericht I Berlin wegen
Beleidigung der Polizeibehörde in Laurahütte aus Anlaß des Laurahüt-
ter Wahlstrawalles im Sommer 1903 zu 6 Monaten bzw.
4 Monaten 2 Wochen Gefängnis verurteilt worden waren.

Wir kommen auf diese Entscheidung des Reichsgerichts zurück. —

Aus Frankfurt-Lebn.

Vom Vormittag des Wahltages wird uns aus Frank-
furt a. O. geschrieben:

Soeben beginnt die Wahl. In Stadt und Land haben unsere
Genossen gut vorgegearbeitet und auch am Wahltag ist an Hilfs-
kräften kein Mangel, überall erfüllen die Genossen des Streifes freudig

und gern ihre Pflicht, und außerdem stellte sich eine große Zahl
erprobter tüchtiger Kräfte aus Berlin zur Verfügung.

Ueber den Wahlkampf selbst ist schon mehrfach berichtet worden,
einige interessante Episoden aus der Fehde zwischen den Wasser-
männern und den Blüdlern werden noch nachzutragen sein. Es
ist nicht anzunehmen, daß der Bündler an 3000 Stimmen heran-
kommt, ein großer Teil der Landwirte wählt gleich im ersten Wahl-
gang Wassertriumph.

Unsre Position ist sehr erschwert durch die alten Listen.
Der Fernstehende macht sich davon kaum einen Begriff. In der
Stadt Frankfurt sind 2400 Wähler in andre Straßen und Bezirke
verzo-gen; mit unendlicher Mühe gelang es, 2000 zu ermitteln, ihnen
die Einladung von Parteibelegungen zuzustellen und den Schleppeidienst
zu organisieren. Aber wo stehen die andern 400? Das sind fast
ausschließlich Arbeiter. Jeder fünfte Wähler in Frankfurt
ist verzo-gen. In der Sonnenburgerstraße, die fast nur
von Arbeitern bewohnt wird, verzo-gen von 100 Wählern 112;
700 Wähler sind aus Frankfurt weggezogen, zum Teil
weit fort. Ein Genosse kam aus Halle a. S., herbei um seine
Wahlpflicht zu erfüllen. Aber natürlich ist das ein Einzelfall,
hunderte können nicht wählen.

Soeben kommen Wähler an, die zurückgewiesen wurden;
amtliche Wahl-einladungen haben sie nicht erhalten, sie wissen aber
die Nummer der Liste und weisen als Legitimation den Militärpaß vor.

Aus Landorten wurde berichtet, Gemeindevorstände hätten ungebührlich
ausgeprengt, Stimmen, die für Braun abgegeben werden, seien
ungültig. In einem Dorf ließ der „gnädige Herr“ die Guts-
arbeiter antreten und eröffnete ihnen: Wenn Braun gewählt wird,
wirst Du — Du — Du entlassen! Und so fort — an Protest-
material würde es eventuell nicht fehlen.

Wenn zugleich mit diesen Zeilen die Genossen im Depeschenteil
des „Vorwärts“ den Wahlausfall lesen, so sollen sie sich jedenfalls
die mancherlei Schwierigkeiten vor Augen halten. Es erscheint
fast unmöglich, daß unsre Partei ihre Stimmenzahl behauptet, ge-
lingt es ihr, dann ist dieses ein sehr großer Erfolg, der treuer
hingebender Arbeit zu danken ist.

Man wolle aber aus dem Wahlausfall nicht Schlüsse ziehen auf
Revisionismus und Antirevisionismus. Hier arbeiten alle Genossen
ohne jede Ausnahme mit dem gleichen Eifer und es ist nicht richtig,
wenn bürgerliche Blätter Frankfurt als „Revisionistenherd“
bezeichnen.

Wenn die Partei gut abscheidet — und das thut sie selbst bei
einem Verlust von tausend Stimmen —, so mag das allerwärts
aufmuntern zur gleichen Einordnung aller Genossen in die
Kampfschlachten, wie es hier thatsächlich geschieht.

Die Stichwahl, die unvermeidlich erscheint, setzt die Behörde
natürlich auf den ungeschicktesten Tag fest. Am Dienstag erst soll
das amtliche Wahlergebnis ermittelt werden, am Freitag schon
die Stichwahl sein. Auch diesem kleinlichsten aller Kampfmittel wird
die Partei zu begegnen müssen.

Als dieser Brief zur Post geht, kommt die Vormittags-Ausgabe
der „Frankfurter Ober-Zeitung“ aus der Presse. Sie verländert an
leitender Stelle in einem anscheinend von einem Regierungsjuristen
herrührenden Artikel:

Jeder Wahlvorsteher ist befugt, Personen
zurückzuweisen, welche nicht mehr im Wahl-
bezirk wohnen, aber mit Ausnahme der Personen, welche
zwar aus ihrem früheren Wahlbezirk verzo-gen sind, aber noch
innerhalb derselben Gemeinde wohnen.

Dieselbe Auslegung des Wahlgesezes wie in Pischpaul! Sie
nimmt uns allein in der Stadt Frankfurt hunderte Wähler!

Der Wahlkommissar hatte hierüber nichts publiziert, dem sub-
jektiven Ermessen der Wahlvorsteher und damit der Willkür wird
nun weitester Spielraum gegeben. Der Wahlvorsteher ist befugt,
heißt es oben ausdrücklich. Das wird ein heilloser Wirrwarr
werden. —

Erstklassige Menschen vor Gericht. Der bekannte Roman „Erst-
klassige Menschen“ des Grafen Wolf v. Vaudouin hat
Anlaß zu einer Anklage gegeben, die am Freitag die Strafkammer des
Leipziger königlichen Landgerichts beschäftigte. Im Anschluß an die
bekannte Rede des Abgeordneten Vebel im Reichstage über diesen
Roman erschien in Nr. 69 der „Leipziger Volks-Zeitung“ vom
24. März d. J. ein Artikel mit der Ueberschrift „Tactiererie“. In
diesem heißt es u. a.:

„Und in der That, es ist nichts andres als Heuchelei, wenn
man die Schilderungen Vaudouins als Truggestalten einer unfauberen
Phantasie oder doch wenigstens als böswillige Verallgemeinerungen
bebauerklicher Ausnahmefälle hinstellt.“

Es wurden daran weitere Bemerkungen über die große Ver-
breitung von Geschlechtskrankheiten des Offiziercorps, die morbide
Don Juanerie der Offiziere usw. geknüpft. Wie ein Telegramm
meldet, wurde wegen dieses Artikels der verantwortliche Redakteur
des Leipziger Bruderorgans, Richard Wagner, wegen öffent-
licher Beleidigung des deutschen Offiziercorps zu 1 Monat Gefängnis verurteilt.

Genosse Bernstein ersucht uns um die Mittheilung dieser
Zuschrift:

Verschiedene Parteiblätter haben an das Erscheinen der von mir
ins Leben gerufenen Zeitung „Das Neue Montagblatt“ Erörterungen
geküpft, die eine Antwort meinerseits notwendig machen. Dasselbe
gilt von den Ausführungen einiger Redner in der Versammlung des
socialdemokratischen Wahlvereins für den vierten Berliner Reichstags-
wahlkreis (Osten), über welche der „Vorwärts“ in seiner gestrigen
Nummer berichtet („Vorwärts“ vom 12. Mai, 4. Beilage).

Da meine Antwort notwithstanding etwas ausführlich sein muß,
ich aber nicht gern den Raum des Parteiorgans für persönliche An-
gelegenheiten in Anspruch nehme, so habe ich mich entschlossen, sie
im „Neuen Montagblatt“ zu veröffentlichen, und überlasse es als-
dann ganz Ihrem Ermessen, ihr so viel zu entnehmen, als Sie für
angezeigt halten. — Ich theile dies hier mit, damit aus meinem
Schweigen keine falschen Schlüsse gezogen werden.

Mit parteigenössischem Gruß

Ed. Bernstein.

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Nach den letzten Nachrichten haben die beiden Schlachten am
Korien-Bay und nördlich von Tokusan, die mit Nieder-
lagen der Russen geendet haben sollten, nicht stattgefunden. Es
hat sich nur um kleinere Zusammenstöße gehandelt.

Dagegen wird gemeldet, daß nuncmehr die Eisenbahn-
verbindung mit Port Arthur wirklich zerstört ist. Ein
Telegramm aus Peking besagt:

Die Eisenbahn von Kintschou nach Pulantien ist auf drei
Meilen Länge vollkommen zerstört, besonders auch eine eiserne
Brücke. Unter den Russen soll Panik ausgebrochen sein. Es
heißt, die Japaner hätten Dalny eingenommen.
Alle russischen Streitkräfte sind von Kintschou nach Liaungang
zurückbeordert worden. Das im Liau-Flusse liegende
russische Kanonenboot „Simutsch“ soll bei der
Annäherung der Japaner in die Luft gesprengt
werden. — Es heißt, daß viele der Vorräte in Port Arthur
wenig haltbarer Art sind, und daß dort bald Mangel eintreten
würde.

Nach einer russischen Meldung sind von den Russen die Gasen-
anlagen von Dalny zerstört worden, um den Japanern die Landung
zu erschweren. Die Anlagen haben Rußland viele Millionen ge-
kostet.

Tokio, 13. Mai. (Meldung des Meutischen Bureaus.) Ein
japanisches Torpedoboot wurde gestern beim Aufnehmen von
Minen in der Berr-Bucht, nördlich von Tschen-wan, vernichtet.
Versenk sieben Tote und sieben Verwundete. Es ist dies das erste
japanische Kriegsschiff, das Japan in diesem Kriege ver-
loren hat.

Herrenhaus.

14. Sitzung. Freitag, den 13. Mai, mittags 12 Uhr.

Am Ministerische: Herr v. Rheinbaben, Dr. Studt,
v. Podbielski, Herr v. Hammerstein.

Die Generaldebatte über den Etat wird fortgesetzt.

Professor Schmoller:

Herr v. Mantuffel und Graf Mirbach haben vorgestern ein
allgemeines Regierungsprogramm entwickelt. Ich schide voraus, daß
ich mich beiden Herren in monarchischer Gesinnung und preußischen
Patriotismus durchaus verwandelt fühle. Ich höre Herrn v. Man-
tuffel gern reden — nicht etwa weil er Zuhörer von mir gewesen
ist oder weil ich mir einbildete, daß er etwa als Zuhörer viel von
mir gelernt hätte (Seiterteil), aber er ist eine treffliche Persönlichkeit.
Wir fällt, wenn er spricht, immer sein Vater ein, für den ich sehr
viel übrig habe aus jenem Studium der preussischen Verfassungs-
geschichte. Der Ministerpräsident v. Mantuffel ist ein mihlanter
Mann, er hat in der That den preussischen Staat gerettet, er hat
Preußen die Verfassung gegeben und die ersten vier Jahre ein
musterhaftes Beispiel des Regierens über den Parteien und Klassen
gegeben. Später, unter dem Zwang der Verhältnisse, ging das aller-
dings nicht mehr.

Was die neulichen Reden der konservativen Führer betrifft, so
kann ich weder ihre Prämissen, noch ihre Schlussfolgerungen an-
erkennen. Der allgemeine Eindruck, den die Reden machen, müßten
auf jemand, der etwa aus einem parlamentarisch regierten Lande
kam, war der, daß es sich um einen Angriff gegen die Regierung
unter Entwicklung eines neuen Programms handelte. Wir haben ja
Gott sei Dank keine parlamentarische Regierung, die Minister sind
Vertreter Sr. Majestät, wir haben eine monarchische Regierung
und hoffentlich bleibt es dabei. Die Herren haben erklärt, daß
unser Programm, wenn wir mal auf der Ministerbank sitzen werden,
die Herren haben an den Herrn Ministerpräsidenten energisch und
dringend Forderungen gestellt, über die sie sich schon des öfteren mit dem
Herrn Ministerpräsidenten unterhalten und eine ablehnende Antwort
bekommen haben; der Herr Ministerpräsident spricht mit den
Agrariern immer wie der Vater mit seinem verzo-genen Kinde. Es
handelt sich um die Verteilung von Zuderbrot; der Herr bevorzugte
Sohn sagt, du wirst mir doch die größte Portion geben, und der
Vater antwortet, du weißt ja, daß ich dich so gut als möglich
behandle, aber sei doch nur ruhig, ich muß doch den andern Kindern
auch gerechte Portionen geben. (Seiterteil.) Die Herren haben eine
ganz andre Handelspolitik und eine ganz andre Socialpolitik gewollt.
Was haben sie als Mittel in Aussicht gestellt, um zu ihrem Ziele zu
kommen? Herr v. Mantuffel hat sich in den Mantel des Geheimnisses
gehüllt, Graf v. Mirbach ist offener gewesen, er sprach allerdings
nur im eignen Namen und verlangte eine Aenderung des Wahlrechts
und Ausnahmegeseze gegen die Socialdemokratie. Ist denn hierfür
eine Majorität zu finden? Hier im Herrenhause haben die Herren
sicher die Mehrheit für sich. Wir müssen uns aber klipp und klar
sagen, es ist in absehbarer Zeit ganz undenkbar, daß Reichstag und
preussisches Abgeordnetenhause, vielleicht noch undenkbarer, daß der
Bundesrat den Wünschen zustimmt, die hier von den Herren geduldet
werden (Sehr richtig! links), und das ist der entscheidende Punkt.
Darum spricht man nicht offen aus, was man will? Jedermann
vermutet doch das Geheimnis, es kann ja kein andres Mittel sein als

einfach der Staatsstreich,

die Konterrevolution. Ich wäre Herrn Mantuffel sehr dankbar,
wenn er klipp und klar aussprechen wollte, daß er nicht auf diesem
Wohde steht; ich hoffe, er hat ein andres Arcanum. Gegenüber
allen Gedanken an Staatsstreich und Gewalt müssen wir sagen:
principis obsta! Das wäre das größte Unglück für Deutschland!
Auch der Vater des Herrn v. Mantuffel sowie Herr v. Bismarck waren
Gegner des Staatsstreichs. Das ist die große Differenz zwischen
dem größeren Teil der linken Seite dieses Hauses und den Herren
am Graf Mirbach und v. Mantuffel: wir wünschen eine monarchische
Regierung über den Klassen und Parteien, was aber Herr v. Man-
tuffel wünscht, ist mehr oder weniger Partei- und Klassenregierung;
dem stehen wir auf das schroffste entgegen. — Die Socialdemokratie
ist nur eine Teilercheinung der notwendigen und heilsamen

hebung der unteren Volksklassen.

Das Volksgesetz bei uns in Deutschland ist, daß der größere
Teil unserer gewerblichen Arbeiter unter die Leitung und Herrschaft
einer Organisation gekommen ist, die ganz revolutionär unsere Staats-
und Gesellschaftsordnung bekämpft. Das Gefährliche sind nicht die
wirtschaftlichen Pläne der Socialdemokratie sondern die politischen
Theorien, die Gedanken der Volksgesetzlichkeit, der Wahn, daß die
unteren Klassen viel weiser und gerechter seien als die oberen, die
Erwartung, daß man mit politischen Rezepten plötzlich das ganze
Volk umwideln könne, und die größte Gefahr ist, daß die Führer der
Socialdemokratie unter die geistige Herrschaft eines Mannes ge-
kommen sind, der als Privatmann rein dasetzt, der ein
großer Gelehrter war, der aber von einer Leidenschaft
des blinden Hasses befeuert war, Karl Marx, und daß
er diesen leidenschaftlichen Haß hineingetragen hat in
die Klassenverhältnisse in Deutschland, daß der Gedanke Plag
greifen konnte, alle socialen Beziehungen sind immer nur Kampf!
Das ist der absolute Wahn. Die Gefahr liegt in diesen Gefühls-
imponderabilien, aber derartige Gefühlsimponderabilien heist man
nicht mit der Polizei, am allerwenigsten durch gewaltsame Unter-
drückungspolitik. Dieser Wahn ist nur zu heben durch eine absolut
gerechte Regierung, die über den Klassen steht, am allerwenigsten
durch ein

feudal-aristokratisches Kasernenregiment,

(Unruhe rechts), durch Ausnahmegeseze, durch Staatsstreich, durch
eine Aenderung des Wahlrechts; alle derartigen Versuche würden
nur Wasser auf die Mühle der Socialdemokratie sein. Das
Socialistengeseze hat mehr geschadet als genützt (Dol rechts),
vor allem wegen des Ausweisungsparagraphen, der die socialistischen
Führer durch ganz Deutschland vertrieben hat und dadurch, daß es
nur auf drei Jahre bewilligt war, Stoff zu beständiger Agitation bot.
Als im Jahre 1890 die Erneuerung des Socialistengesezes in Frage
stand, da war ja die konservative Partei schuld daran, daß es nicht
erneuert wurde. — In England haben die Arbeiter jahrelang für die
Lords gestimmt, weil dort die konservativen für die Interessen der
Arbeiter eintraten. Eine gerechte Regierung über den Klassen ist
das Bestmögliche. Wenn die heutige Regierung im Deutschen Reich
mit der Politik der Mäßigung und Gerechtigkeit der Fortführung
der Socialreform an das Problem der Bekämpfung der Social-
demokratie herantritt, so gebe ich ihnen offen zu: eine absolute
Sicherheit, daß dies zum Ziele führt, kann kein Mensch übernehmen.
Noch weniger aber bei der Gewaltpolitik. Alle historische Erfahrung
lehrt, daß alle Regierungen eine Doppelpolitik zu verfolgen haben.
Auf der einen Seite haben sie mit äußerster Energie
gesucht, den besitzenden Klassen die absolute Sicherheit beizubringen,
daß ihr Eigentum geschützt. Daneben muß jede Regierung mit
gerechter Hand den Arbeitern, seien sie Socialdemokraten oder nicht,
zeigen, daß sie ihr Wohl im Auge hat, sie fördern und heben will.
Mit einer solchen Politik ist aber für mich die größere Wahr-
scheinlichkeit vorhanden zur Umwidlung der Socialdemokratie zu einem
zwar radikalen, aber doch zu einer Partei, mit der man in einem
bis zwei Menschenaltern verhandeln kann. (Aufse: Dol!) Die älteren
Führer aus der Zeit von 1870 sind die Träger der Marschen
Traditionen, die jüngeren Führer sind alle revisionistisch. Diese
alte Generation ist im Aussterben begriffen. Sie wird
von dem Oberpriester Kantky bald heilig gesprochen sein, und ihre
Heiligen-Verehrung wird dann beginnen. Dann wird Plag für
die junge Generation. In einer Zeit, wo alle socialen Klassen sich
organisieren, wie ist es da möglich, die Organisation der Arbeiter
zu verhindern. Die ganze heutige Arbeiterwelt in Deutschland und
andern Ländern ist nur durch ihre Führer, denen sie selbst gehorcht,
denen die Masse sich unterordnet, zu gewinnen. Die Massen kommen
nie so weit, vernünftig zu sein. Nur durch die Ausöhnung mit den
Führern ist der Friede wieder herzustellen. Ich möchte für diese
Anschauung einen Zeugen für mich anführen: den Finanzminister
Miquel. Zur Zeit, als er noch Oberbürgermeister in

Frankfurt war, hat er mir immer und immer wieder seine Erfahrungen mit der Socialdemokratie mitgeteilt, hat er mir immer gesagt: Ich komme sehr gut mit ihr aus! Er hat immer betont: Die Socialdemokraten sind mir vielfach lieber als viele Philister. (Sehr richtig! bei den Bürgermeistern.) Und es giebt viele Bürgermeister, die unter vier Augen dasselbe sagen. Das ist die Weise, die unteren Klassen zu verführen, sie zu lehren, mit zu verwalten und mit zu beraten. Dadurch werden sie von ihren Utopien gelöst.

Zur Frage unserer Handelspolitik möchte ich bemerken: 1891 hätte Bismarck vielleicht günstigere, aber doch ganz ähnliche Handelsverträge abgeschlossen. Ich stehe nicht an, zu erklären, daß der Abschluß der jetzigen Handelsverträge eine rettende That gewesen ist, und ich befürchte mich da in recht guter Gesellschaft. (Graf v. Mirbach ruft: Es muß noch mehr gerettet werden!) Nicht die Handelsverträge, sondern die Hochkonjunktur im Weltmarkt hat den Niedergang der Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse herbeigeführt. In den letzten Jahren sind doch die Preise wieder gestiegen. Natürlich konnte die Steigerung aus dem Export und dem Handel nicht allen Klassen gleichmäßig zu gute kommen. Die jetzigen Verträge vor dem Abschluß neuer Handelsverträge zu kündigen, heißt: alle Staaten in eine starke Miffimmung gegen uns bringen. Und das Gelingen der Handelsverträge hängt doch davon ab, daß die in Betracht kommenden Staaten in guter Stimmung bleiben. Die Förderung der Kündigung der Handelsverträge ist eine Schwächung unserer Stellung gegenüber dem Ausland und bedeutet einfach eine Kündigung des Bündnisses zwischen Landwirtschaft, Industrie und Handel. Man kann dafür nur eintreten, wenn man absolut der Stärkere ist, und bereit ist, aus einem Zollkrieg den wirklichen Krieg hervorgehen zu lassen. — Ich glaube, die linke Seite des Hauses ist mit mir einig, daß jene Herren im preussischen und deutschen Volk doch nur eine kleine Minorität hinter sich haben, nach der die Bundesregierung und die preussische Regierung ihre Politik nicht einrichten können. (Lebhafte Beifall.)

Finanzminister Graf v. Rheinbaben:

Ich halte mich für verpflichtet, dagegen Einspruch zu erheben, daß der Herr Vorredner Herrn v. Miquel als Kronzeugen für seine Anschauung über die Socialdemokratie anführt. Es mag ja sein, daß einzelne Bürgermeister in der Stadtverordneten-Versammlung sehr gut mit den Socialdemokraten auskommen. Was beweist das aber für die Thätigkeit der Socialdemokratie als Partei! (Bravo!)

Professor Dr. Schmoller: Ich habe ausdrücklich erklärt, daß Herr Miquel mir das in seiner Eigenschaft als Bürgermeister gesagt hat. Ob er später als Minister anderer Meinung gewesen ist, diese Frage habe ich offen gelassen.

v. Wedel-Piesdorf: Von einer Sehnsucht nach dem Ministerposten habe ich in den Reden der Herren v. Mantuffel und Graf Mirbach nichts gemerkt. (Auf links: Na, na!) Gegenüber dem Vergleich, den Herr Schmoller gebrauchte, möchte ich bemerken, daß meiner Ansicht nach die Landwirtschaft viel mehr das Stiefkind ist, das nun endlich auch mal was abbekommen will. — Daß die Herren v. Mantuffel und Graf Mirbach auf den Staatsstreich hinauswollten, das glaube ich nicht, sie wollten nur energische Maßnahmen gegenüber der furchtbaren Gefahr, die dem Staatleben von der Socialdemokratie droht. An die Wirkung von Ausnahmegesetzen glaube ich nicht recht, aber die Socialdemokratie ist groß geworden durch das

Reichstagswahlrecht,

das so radikal ist, wie es kein andres Volk hat. Nur durch Ueberwindung dieses Wahlgesetzes haben wir die Hoffnung, die Socialdemokratie zu überwinden. (Sehr richtig! rechts.) Der national-liberale Herr Mend, der den Mut gehabt hat, das auszusprechen, hat damit nur gesagt, was die große Mehrzahl der Nationalliberalen denkt, was sie aber nicht zu sagen wagt, weil sie für ihre Mandate fürchtet.

Mit geistigen Waffen ist die Socialdemokratie nicht zu bekämpfen; sie vertritt den Arbeiter weniger Arbeit und mehr Lohn. Die Ueberwindung der Socialdemokratie auf dem Wege, den der Kanzler zu gehen gezwungen ist, wird er so wenig erreichen wie seine Vorgänger, denen er allerdings an staatsmännischem Geschick und Einsicht überlegen ist. Auch unter ihm ist die Socialdemokratie ständig gewachsen und der Zeitpunkt ist abzusehen, wo sie die Mehrheit im Reichstag haben wird. Das liegt an dem Optimismus, sie mit geistigen Waffen bekämpfen zu wollen. Die Liberalen, auch die Liberalen im Centrum, werden sich überzeugen, daß andre Wege eingeschlagen werden müssen, daß das Wahlrecht reformiert werden muß. Ich verlange nicht das Dreiklassenwahlrecht, das selbe ist mir viel zu plutokratisch geworden. Aber notwendig ist die offene statt der geheimen Wahl (Oho!) und die Herabsetzung des Wahlalters auf mindestens 30 Jahre. (Sehr richtig!) Mögen sich die Liberalen von dieser Notwendigkeit überzeugen, ehe der Staatslaren zu tief im Dreck steckt, ehe es zu spät ist. (Lebhafte Beifall.)

Herr Lucius v. Bockhausen: Bei der Einführung des Reichstagswahlrechts waren auch die Freisinnigen nicht ohne weiteres dafür. Herr v. Schbel sprach sich für das Dreiklassenwahlrecht und die indirekte Wahl aus, wodurch die Agitation der Massen beseitigt wird. Jetzt dagegen hat man die Wirkung der geheimen Wahl noch verschärft wollen durch Sicherung des Wahlgheimnisses. Das war ganz falsch. (Sehr richtig!) In Bezug auf die Bekämpfung der Socialdemokratie kann ich nur sagen, daß ich das 1878er Gesetz für gut und nützlich gehalten habe (Sehr richtig!), und ich bedauere sein Scheitern im Januar 1890. (Sehr richtig!) Was erreicht denn die Bekämpfung mit geistigen Waffen? Die socialpolitische Gesetzgebung, die nirgends so ausgebaut ist wie in Deutschland, hat nirgends ganz geerntet, sondern die Socialdemokratie nur immer weiter zu ganz unerfüllbaren Wünschen angereizt. Mögen unsere Verhandlungen dazu beitragen, die Regierung zu energischem Vorgehen zu veranlassen. (Lebhafte Beifall.)

Graf Mirbach: Von einem Staatsstreich, wie Professor Schmoller glaubte, ist gar keine Rede, aber man kann von einem Reichstag an einen andern appellieren, in welchem man dann eine andre Majorität hat. Wenn man den Grundfay salus publica suprema lex (das Gemeinwohl ist das höchste Gesetz) stets beherzigt, so wird man auch an der Schwierigkeit der Majoritäten vorüber kommen. (Lebhafte Beifall.) Mein Standpunkt zur Socialdemokratie ist nicht der, daß jeder Socialdemokrat zu verurteilen ist, aber die Führer sind Todfeinde von Religion, Gesellschaft und Staatsordnung und müssen auf das nachhaltigste bekämpft werden. (Beifall.) In Bezug auf das

Wahlrecht

kann ich nur wiederholen, daß die Frage der Aenderung innerhalb der konservativen Partei noch niemals erörtert ist. Ich für meine Person verlange lediglich die Abschaffung der geheimen Wahl.

Was mein neuliches Vorgehen anlangt, das als Verstoß gegen die Regierung gedeutet wurde, so betone ich, daß keine Verstimmung die Konservativen dazu führen wird, die Annahmestelle anders als ruhig und sachlich zu verhandeln, und ich persönlich wünsche, daß eine Verständigung zu stande kommt. Zum Schluß macht Redner noch einmal dem Professor Schmoller den Vorwurf, daß nach dem Zeugnis des Prof. Delbrück die Professoren im Wahlkreise Teltow-Beeslow bereit gewesen seien, mit den Socialdemokraten zu paltrieren.

Prof. Derenburg behauptet, daß dieser Plan an dem Widerspruch der meisten Professoren gescheitert sei.

Herr v. Buch: Die Gefahren, die uns umgeben, werden unterschätzt. Wir befinden uns bereits mitten in der Revolution. Gegen die Socialdemokratie befinden wir uns in der Defensive, und haben dabei bereits wichtige Positionen aufgegeben. (Hört! hört!) Daher ist ein energisches Vorgehen nötig. (Lebhafte Bravo!)

Herr v. Mantuffel

bestreitet, das Verlangen nach Wiedereinführung des Socialisten-gesetzes ausgesprochen zu haben. Ich habe nur seine Aufhebung

bedauert und seine gute Wirklichkeit betonen und es für unrichtig erklärt, daß die Polen schlechter behandelt werden, wie die Socialdemokraten. Die Wirklichkeit des Socialisten-gesetzes kann man zahlmäßig beweisen. Von der Aufhebung des Wahlgesetzes für den Reichstag habe ich in der offiziellen Rede keinen Ton gesagt. Auch vom

Staatsstreich

habe ich kein Wort gesprochen. Ich habe wirklich daran zur Zeit nicht gedacht. Er kann ja möglicherweise später kommen, aber ich habe nicht davon gesprochen. Diese Unterscheidung des Professors Schmoller muß ich zurückweisen. Ich habe gesagt, man möge nicht die Momente verpassen, in denen man den Socialdemokraten schaden kann. Ein solcher Moment ist schon verpaßt worden. Nach den Vorgängen im Winter 1902/03, als die Socialdemokratie die systematische Opposition gegen den Posttarif trieb, war die Stimmung gegen sie so erbitert geworden, daß, wenn damals die Staatsregierung den Reichstag mit Rücksicht auf diese schändliche Haltung der Socialdemokratie aufgelöst hätte, die Wahlen ganz anders ausgefallen wären, als nachher. Das ist einer der verpaßten Momente, von denen ich vorgestern gesprochen habe. In einem Punkt stimme ich mit Professor Schmoller überein. Wir wünschen eine monarchische Regierung, die über den Klassen und Parteien steht. Ein parlamentarisches Regiment werden wir stets bekämpfen. Nun noch einige Worte über den

geistigen Kampf.

Wenn wir damit vorwärts gehen wollen, gehen wir nicht vorwärts, sondern bewegen uns weiter auf dem Rückzug, den Herr v. Buch eben geschildert hat. Prof. Schmoller sagt: eine gerechte Regierung würde die Socialdemokratie verjöhnen und hat auf die Arbeitergesetzgebung in England hingewiesen. Nun, daß die Regierung bezüglich der Socialdemokratie bis jetzt eine besondere Ungerechtigkeit an den Tag gelegt habe, muß ich entschieden bestreiten. Sie ist der Socialdemokratie gegenüber von einer Nachsicht gewesen, die an Schwäche grenzt (Sehr richtig!) und man kann höchstens von einer Ungerechtigkeit zu Gunsten der Socialdemokraten sprechen. Die Arbeiterfahrg-Gesetzgebung, das Krankenversicherungsgesetz, die Alters- und Invalidenversicherung sind eingeführt auf Vorschlag der Regierung; sie hat dabei schwere Kämpfe gehabt, denn die Gesetze sind mit knapper Majorität zu stande gekommen. Die Bekämpfer derselben waren die Socialdemokraten, und die Konservativen, die Tories, haben dafür gestimmt, hier wie in England. Unsere Socialdemokratie unterscheidet sich von der französischen und englischen dadurch, daß ihr der Patriotismus, die Vaterlandsliebe, der Stolz auf das Vaterland fehlt. Und der zweite Unterschied ist, daß keine der andern Länder auch annähernd ein so radikales Wahlrecht hat wie wir. — Dem Professor Schmoller auf die berühmte Aeußerung der Socialdemokratie hingewiesen hat, so bemerke ich, daß ich seit 1877 dem Reichstages angehöre, und daß dort in jedem Jahre davon die Rede war. Nun, ich glaube, jeder Vogel wäre kriecht, der sich seit 27 Jahren gemauert hätte. (Große Heiterkeit.) Die Socialdemokratie aber lebt heute noch. — Noch eines: Die Socialdemokraten gehören zu den wenigsten oder gar nicht Besteuerten. Aber für die Parteilasse zahlt der Arbeiter wöchentlich seinen Beitrag, der eine hübsche Steuer ergibt. Man sagt ja, in Belgien hört die Gemüthlichkeit auf, aber die Socialdemokratie hat es zugezogen, daß der Arbeiter, der sein Geld hingiebt, der socialdemokratischen Regierung gegenüber doch gemüthlich bleibt. Ich wünsche, daß auch unsere Steuerzahler der Regierung gegenüber das thäten. Einer der wesentlichsten Punkte, die uns den Kampf gegen die Socialdemokratie erschweren, ist, daß so viele hochgebildete und anerkannte Autoritäten es nicht unterlassen können, bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit auf die bösen, habgierigen Konservativen zu schimpfen. Meine Herren! Unterlassen Sie das und helfen Sie uns den gemeinsamen Feind bekämpfen, dann werden Sie ein gutes Werk thun! (Lebhafte Bravo!)

Graf v. Stolberg:

Die konservative Fraktion des Reichstages ist gewählt auf Grund des jetzt bestehenden Wahlrechts. Und ich möchte konstatieren, daß auch innerhalb der Fraktion niemals über eine Aenderung des Wahlrechts verhandelt worden ist, und daß innerhalb der Fraktion kein Mitglied eine Aenderung angestrebt hat.

Oberbürgermeister Dr. Lenze-Barmen:

Auch ich glaube, daß man mit geistigen Waffen, soweit darunter schriftliche Abhandlungen und wissenschaftliche Disputationen verstanden werden, gegen die Socialdemokraten nichts ausrichtet. Aber mit Gewalt kommt man erst recht nicht weiter, sondern man muß die Arbeiter gerecht behandeln und ihre gerechten Beschwerden abstellen. Sie ist deshalb so gefährlich, weil sie weder Religion, noch Vaterland, noch Monarchie anerkennt und überhaupt nicht das Wohl der Gesamtheit, sondern das Wohl einer einzelnen Klasse anstrebt. — Heute und vorgestern habe ich das Wort Staatsstreich nicht gehört, aber mein Gedächtnis möchte mich täuschen, wenn Graf Mirbach es nicht vor zwei Jahren gebraucht hat. (Graf Mirbach ruft: Niemals!) — Wenn man als Wahlvorsteher die Scharen der Wähler sieht, die ihre Pötel abgeben, so kommt man zur Ueberzeugung, daß viele Wähler keine Ueberfahrt haben über das, was sie thun. — Weiter rühmt Redner die Disciplin der Socialdemokraten, ihre Organisation und ihren großen Osfermut, die den andern Parteien zum Beispiel gereichen könnten. Sie sollten sich zusammenschließen zum gemeinsamen Kampf, nicht wie jetzt in Frankfurt an der Oder sich gegenseitig bekämpfen. Man sollte bei den Arbeitern nicht den Eindruck erwecken, als ob sie ungerecht behandelt werden. Man sollte ihnen z. B. das Feiern von Festen gestatten und nicht durch kleinliche Polizeimaßnahmen den Agitatoren, die ja dafür bezahlt werden, daß sie Unzufriedenheit erregen, stets erneuten Stoff geben. Die Volksschule möchte dazu beitragen, daß die Jungen, die die Schule verlassen, mit Ekel gegen das Treiben der Agitatoren erfüllt sind. Nur auf diesem Wege und dadurch, daß wir den Socialdemokraten ihre Osferwilligkeit und Organisation nachmachen, werden wir weiter kommen. (Bravo!)

Graf v. Mirbach: Ich muß es für eine Unwahrheit erklären, daß ich jemals von Staatsstreich hier oder außerhalb des Hauses gesprochen habe.

Professor Schmoller: Daß Kompromisse nicht immer ausgeschlossen sind, beweist die Thatsache, daß in Lorgau die Konservativen und Socialdemokraten im Wahlkampf zusammen gegangen sind. Ich konstatiere mit Befriedigung, daß sowohl Herr v. Mantuffel wie Graf Mirbach den Gedanken des Staatsstreiches mit großer Energie verhorrescirt haben. Ich habe nicht behauptet, daß man mit geistigen Waffen die Socialdemokraten bekämpfen könne; im Gegentheil, ich habe die Hoffnung ausgesprochen, daß es gelingen wird, im Laufe der Zeit durch eine gerechte Staatsverwaltung und durch eine Vermeidung von Ausnahmegesetzen sie nach und nach zu ändern. Daß die Socialdemokratie verschwinden wird, glaube ich nicht, sondern ich glaube, daß sie sich verwandeln wird in eine Arbeiterpartei, mit der man paltrieren kann.

Graf Botha zu Culenburg: Ich glaube nicht, daß durch eine gerechte Behandlung allein die Socialdemokratie bekämpft werden kann. Die geistigen Waffen soll man nicht unterschätzen, ich stimme mit dem, was der Herr Vorredner über die Inponderabilität gesagt hat, durchaus überein. Wenn wir erreichen, daß alle bürgerlichen Parteien zusammenstehen, werden wir in diesem Kampfe etwas ausrichten. Dieses Ziel wird aber nicht dadurch gefördert, daß man derjenigen Partei, die ernsthaft bestrebt ist, die Socialdemokratie zu bekämpfen, stets Motive unterschreibt, die sie nicht hat und ihr brutale Gewalt verwirft. (Lebhafte Beifall.)

Damit schließt die Generaldiskussion.

In der Specialberatung folgt zunächst der Landwirtschafts-Etat. Dazu liegt eine Resolution vor v. Rheden, worin die Regierung ersucht wird, alle Anträge auf Abänderung der Anträge der §§ 5 und 14 über die Ausföhrung des Schlachtvieh- und Fleischbeschau-gesetzes abzulehnen und den Erschwerungen der Einföhr des Fleisches in die Städte entgegenzutreten.

Der Berichterstatter v. Kossell teilt mit, daß der Antrag v. Rheden zurückgezogen ist und empfiehlt einen Antrag, wonach die einmalige

Abstempelung des Fleisches für die Einföhr in die Städte bereits genügen solle.

Oberbürgermeister Kirchner-Berlin bekämpft diesen Antrag. In Sachsen lasse man den Städten das Recht, das man ihnen hier nehmen wolle; so wird das Wort illustriert: Preußen in Deutschland voran. Die Strafbestimmungen für Zuwiderhandlungen beruhen nicht auf Ortsstatut, sondern auf Landesgesetz. Ob die juristischen Deduktionen des Landwirtschaftsministers, die ich, auch ohne den Mund voll zu nehmen, als halsbrecherisch bezeichnen würde, wenn ich nicht wüßte, daß dieser Ausdruck auf der Ministerbank nicht beliebt wäre, auch vor dem Strafrichter bestehen werden, weiß ich nicht. Zu betonen ist ferner, in der ganzen Welt bemüht man sich um die Bekämpfung der Tuberkulose, und jetzt sollen wir genötigt werden, eine Schranke zu beseitigen, die wir, gegen die Verbreitung der Tuberkulose aufgerichtet haben, und zwar auf Autoritäten hin, die nichts mit der Hygiene zu thun haben. Wenn Sie dies beschließen, ist das ein Pyrrhusieg; Sie werden, wenn sich erst einige Ausföhrungsfälle ereignet haben, den Beschluß nicht aufrecht erhalten, die Verantwortung nicht tragen können. (Lebhafte Bravo!)

Landwirtschaftsminister v. Boddielok: Oberbürgermeister Beder von Köln hat wenigstens ehrlich zugegeben, daß die Frage eine finanzielle ist (Oho!), und durchaus keine hygienische, wie der Vorredner behauptet. Sachsen hat keine Bestimmung erneuert; aber die kleineren Staaten folgen erfahrungsmäßig eben Preußen, wie das Gumburg bereits erklärt hat.

Auf die Frage, ob die Städte ein Recht auf nothmässige Untersuchung des Fleisches habe, antworte ich mit nein. Uebrigens ist meine Erklärung keine persönliche, sondern eine solche des Staatsministeriums.

Oberbürgermeister Beder-Köln vertahrt sich dagegen, daß er die Frage für eine lediglich finanzielle erklärt habe.

Oberbürgermeister Körte-Königsberg. Die finanzielle Seite veranlaßt uns Stellungnahme nicht, wenn sie auch auf dieselbe nicht ohne Einfluß sein kann. Ich möchte vor solchen Verhandlungen und Anträgen warnen, in denen die Städte als quantitas negligens behandelt werden. Zur Wahrung des inneren Friedens trägt das nicht bei.

Oberbürgermeister Kirchner: Der Herr Landwirtschaftsminister hat vorhin ausgeföhr: Der Herr Oberbürgermeister von Köln war wenigstens ehrlich genug, die finanzielle Seite in den Vordergrund zu stellen, aber Herr Kirchner usw. Darin liegt für mich der Vorwurf der Unehrlichkeit. Ich bestreite dem Herrn Landwirtschaftsminister auf das entschiedenste das Recht, mir einen solchen Vorwurf zu machen. (Bravo!) Bohin sollen wir kommen, wenn an einer Stelle, wie es das preussische Herrenhaus ist, derartige Vorwürfe erhoben werden.

Minister v. Boddielok: Ich lami mich natürlich nicht ganz der Worte erinnern, die ich gebraucht habe, aber es hat mir selbstverständlich vollkommen ferngelegen, dem Herrn Oberbürgermeister von Berlin den Vorwurf der Unehrlichkeit zu machen.

Nach weiterer unerheblicher Debatte wird der Etat des Landwirtschaftsministeriums bewilligt.

Eine Reihe weiterer Etats wird ohne Debatte angenommen. Nach längerer Diskussion auch der Guts-Etat.

Vor dem Etat des Ministeriums des Innern vertagt sich das Haus.

Oberbürgermeister Lenze: Graf Mirbach hat vorhin in sehr scharfer Form gegen mich erklärt, es sei unwahr, daß er je in diesem Hause vom Staatsstreich gesprochen habe. Nach dem stenographischen Bericht der Sitzung vom 28 März 1895 hat Graf Mirbach gesagt: „In allen Kreisen des Landes würde es mit Jubel begrüßt werden, wenn die verbündeten Regierungen einen neuen Reichstag auf der Basis eines neuen Wahlrechts ins Leben treten ließen, und zwar unverzüglich. Die Lösung dieser Aufgabe ist schwierig. Gegenüber der Große fand auch vor einer schweren Aufgabe und löste sie sehr schnell.“ — Ich habe dem nichts beizufügen.

Graf Mirbach: Ich lami nur erklären, daß mir niemals eingefallen ist, damit einen Staatsstreich zu empfehlen. (Lachen links.) Wenn man mir nicht glaubt, so ist das jedermanns Sache. Ich habe im Reichstag bereits die Sache klargestellt und glaube, man würde loyal genug sein, den Vorwurf in diesem Hause nicht zu wiederholen. Ich gebe zu, ich habe in erheblicher Erregung gesprochen unter dem Eindruck, daß dem Fürsten Bismarck vor wenigen Tagen die Ehreung zum 80. Geburtstag versagt war. Die Herren haben dafür keine Empfindung, ich habe die Empfindung sehr lebhaft.

Nächste Sitzung: Sonnabend 12 Uhr. (Fortsetzung der Etatsberatung.)

Schluß 6 Uhr.

Der Bäckerstreik.

Die Polizei gegen Flugblattverteiler.

Am Mittwochabend und Donnerstag früh ist die Bevölkerung Berlins durch Flugblätter, die in den Häusern verbreitet wurden, über den Streik informiert worden. Flugblattverteilungen sind in Berlin nichts seltenes, sie werden von den organisierten Arbeitern unter strengster Beachtung der gesetzlichen Vorschriften erledigt, die Polizei hat deshalb keine Veranlassung, bei solchen Gelegenheiten einzuschreiten, sie pflegt sich auch im allgemeinen wenig darum zu kümmern. Diesmal war es jedoch anders. Es handelt sich ja um einen Streik, und da glaubte die Polizei, die bekanntlich auf streifende Arbeiter immer ein sehr wachsames Auge hat, auch diejenigen, die sich mit der Verteilung des den Wäckerstreik betreffenden Flugblattes befassen, besonders scharf beobachten zu müssen. Augenscheinlich ist von höherer Stelle eine allgemeine Anweisung in diesem Sinne an die Polizeibeamten ergangen. Die Stelle, welche diese Anweisung erteilt, mag wohl nur an eine strenge Handhabung der Straßenpolizei-Verordnung, die ja bei jedem Streik eine unthunliche Rolle spielt, sowie an strikte Beobachtung der Sonntagserordnung gedacht haben. Einzelne Beamte, deren Eifer größer ist wie die genaue Kenntnis ihrer Befugnisse, sahen die Anordnung jedenfalls so auf, daß die Verteilung des Streifflugblattes überhaupt verhindert werden solle. Nur so kann man es sich erklären, daß in vielen Fällen die mit der Flugblattverteilung beschäftigten Arbeiter vom Schulheuten in Uniform und in Civil angehalten und zur Feststellung ihrer Personalkarten nach der Wache geführt wurden. Ja es ist sogar vorgekommen, daß Beamte den Arbeitern die Flugblätter abnahmen und mit Beschlag belegten. Eine Handlung, die jeder rechtlichen Grundlage entbehrt. In einem Falle forderte die Streikleitung das betreffende Polizei-Bureau schriftlich auf, die widerrechtlich beschlagnahmten Flugblätter sofort zurückzugeben. Das hatte denn auch den Erfolg, daß bald darauf ein Beamter im Streikbureau erschien, die Flugblätter zurückbrachte und sein Bedauern darüber aussprach, daß infolge eines Versehens die Beschlagnahme erfolgt sei. Soweit Fälle von unberechtigtem Vorgehen von Polizeibeamten bekannt geworden sind, wird dagegen selbstverständlich Beschwerde erhoben werden.

Mißglückter Streikbrecherfang.

Am ersten Tage des Streiks erschien in der bürgerlichen Presse eine anscheinend aus dem Innungs-Bureau stammende Meldung, welche besagte, daß die Berliner Bäckermeister dem Streik mit voller Ruhe entgegensehen. Nach allen Richtungen seien Telegramme versandt, welche Arbeitswillige nach Berlin beordern. Der Zug, namentlich aus dem Oltar, werde so stark sein, daß alle vom Streik betroffenen Meister mit Arbeitskräften versorgt werden könnten. — Diese stolze Zuversicht der Innungsführer ist vollständig zu Wasser geworden. Man hat zwar nach den verschiedensten Orten telegraphiert, aber der erhoffte Zug von Arbeitswilligen blieb fast ganz aus. Den auswärts angeworbenen Arbeitswilligen sagten die Meister natürlich nicht, daß sie Streikbrecherdienste verrichten sollten, es wurde ihnen vielmehr nur vorgespiegelt, daß in Berlin zum bevorstehenden Pfingstfest mehr Bäckergefelln wie sonst gebraucht werden. Aber trotzdem folgten nur sehr wenige den Ladungen der Meister. Ganz vereinzelt brachten am Mittwoch und Donnerstag die Zuge aus Hannover, Leipzig, Posen kleine Trupps von je 4-8 Arbeitswilligen, die an den hiesigen Bahnhöfen von Abgesandten der Innungsführer, und selbstverständlich

Von den durch die Streikleitung angestellten Posten empfangen wurden. Da gab es denn meist recht erheitende Szenen. Von der einen Seite redete der Meister, von der andern Seite die Streikposten auf die Anknüpfung ein, und der Erfolg dieser Rede war fast ohne Ausnahme der, daß die Fremden, sobald ihnen die Situation mit wenigen Worten klar gemacht war, den Meistern stehen ließen und den Streikenden nach dem Streikbureau folgten, wo sie mit Reisegeld versehen wurden um bald darauf wieder den Rückweg anzutreten. — Als ein erfreuliches Zeichen für den Fortschritt des Gedankens der Arbeiterbewegung muß es betrachtet werden, daß es selbst bei den Arbeitswilligen, welche aus der Richtung von Posten, also aus den östlichen Gebieten eintrafen, nur weniger Worte der Aufklärung bedurfte, um sie zur Solidarität mit den Streikenden zu bewegen. — Daß es bei den Unterredungen mit den angekommenen Arbeitswilligen nicht immer ohne Einmischung der Polizei abging, braucht nicht erst gesagt zu werden. Die Meister, während darüber, daß ihnen auch die so spärlich eingetroffenen Arbeitswilligen noch im letzten Augenblick absperrig gemacht wurden, veranlaßten mehrmals die polizeiliche Sperrung der Streikposten, worauf diese, um die Parität zu wahren, auch die Feststellung des Namens der Meister verlangten, und während diese Angelegenheit auf dem Polizeibureau erledigt wurde, befanden sich die Arbeitswilligen längst in sicherer Obhut streikender Kollegen und die Meister hatten das Nachsehen. — Zu einem recht belustigenden Auftritt kam es am Mittwochabend am Bahnhofsplatz. Ein Transport von 15 Arbeitswilligen — der größte, welcher überhaupt eingetroffen ist — war aus Leipzig angekommen. Zur Weiterbeförderung der schließlich erkrankten Arbeitswilligen hielten die Innungsmeister zwei Kramper bereit. Aber schon auf dem Wege vom Bahnhofsplatz zum Halteplatz hatten sich neun der Angekommenen den Streikenden angeschlossen. Die übrigen sechs Mann wurden, von einigen Meistern sorgsam behütet, in einen der Kramper verpackt. Als aber das Gefährt sich in Bewegung setzte, und den Anfallsen ausgesetzt wurde: „Hier wird gestreift, Ihr sollt als Streikbrecher betrautet werden,“ da sprangen alle sechs aus dem Wagen, und die den Transport begleitenden Meister fuhrten unter ungeheurer Hölle des Publikums allein in ihrem Kramper nach Hause.

Die Situation des Streiks.

Kräftig hat die Bewegung eingesetzt, mit ungeschwächten Kräften nimmt sie ihren Fortgang. Keiner der Streikenden ist abtrünnig geworden, ja ihre Zahl hat sich am ersten Tage des Streiks noch um wenigstens 800 vermehrt. Streikbrecher sind nicht in nennenswerter Zahl zu haben, und da auch die Sympathie des laufenden Publikums, wenigstens in den Arbeiterkreisen, unbedingt auf der Seite der Streikenden steht und deren Bewegung kräftig unterstützt, so bleibt den Wädern meistern, die nimmehr den Ernst der Situation begriffen haben, nichts übrig, als die Forderungen der Streikenden zu erfüllen. — Es heißt, die Leitung der Innungen habe bereits die Parole ausgegeben, zu bewilligen, da ein Widerstand in der gegenwärtigen Situation als nutzlos erkannt wird. Tatsächlich sind am Donnerstag Hunderte von neuen Bewilligungen eingelaufen. Die Streikleitung hat mit der Erledigung derselben alle Hände voll zu tun, dergestalt, daß die genaue Zahl der Bewilligungen am Freitagvormittag noch nicht festgestellt werden konnte.

Ein ungeheurer Andrang nach dem Streikbureau

herrschte am Freitagnachmittag. Durch die Menge der schwächlichen, bleichen und ausgemergelten Wädern drängten sich in endloser Reihe behäbiger Gestalten mit wohlgerundeten Leibern und dicken Wangen. In hellen Haufen strömten Wädernmeister und Wädernhändler in das Bureau der Streikleitung. Einer suchte dem andern zuzukommen, um die Unterschrift unter die Forderungen der Streikenden zu sehen und das Plakat in Empfang zu nehmen, welches dem Publikum gegenüber als Ausweis dient, daß die Forderungen bewilligt sind. — Dieselben Herren, welche noch vor wenigen Tagen glaubten, sie könnten die Wädernmeister mit übermäßigem Hochnutz zuweisen, gehen jetzt ganz keckhaft zu den noch vor kurzem als Heher und Aufwiegler geschmähten Streikleitern, um ihre Kapitulation zu erklären. Natürlich denken die Wädernmeister im allgemeinen über die Gesellen und ihre Forderungen nicht anders wie zuvor, und was sie zur Kapitulation zwang war nicht die Ueberzeugung, daß die Forderungen der Gesellen berechtigt sind, sondern es war die Rücksicht auf das laufende Publikum, welches den Geschäften, die nicht bewilligt haben, fern blieb. Ihr geschäftliches Interesse zwang die sonst so selbstbewußten Wädernmeister zu diesem Schritt, der wohl den meisten recht schwer geworden sein mag. Diese für die Meister gewiß nicht angenehme Situation hätte ihnen erspart werden können, wenn sie, anstatt der verkehrten Führung der Innungsgrößen zu folgen, sich zu Verhandlungen vor dem Streik bereit gefunden hätten.

Die öffentliche Wädernversammlung,

welche am Freitagnachmittag in Selters Saal tagte, war wieder überfüllt. Es waren nicht nur streikende, sondern auch arbeitende Wädernmeister anwesend. Die siegesfrohe Stimmung der Versammlung kam spontan zum Ausdruck in brausenden Hochrufen, mit denen die Streikleitung bei ihrem Erscheinen empfangen wurde. Anknüpfend an diese Kundgebung sagte H e y d o l d : Wir haben alle Ursache, freudig gestimmt zu sein. Einen solchen Erfolg, wie wir ihn in diesen Tagen erleben, hat sich niemand von uns träumen lassen. In diesem ungeahnten Erfolge können unsere Kollegen sehen, welche Macht die Einigkeit und die Solidarität ist. Freilich, das dürfen unsere Kollegen nicht glauben, daß sie allein diesen Sieg errungen haben. Lange genug haben sie es an dem Verständnis für die Bedeutung der Organisation fehlen lassen. Unser großer Erfolg ist in erster Linie dem laufenden Publikum zu danken, das unsern Kampf durch seine Sympathie thatkräftig unterstützt hat. Wir dürfen uns aber durch den Erfolg nicht verauslassen. Es ist sicher anzunehmen, daß es vielen Meistern gar nicht ernst ist mit den Bewilligungen, und daß sie dieselben zurückziehen werden, sobald es nur möglich ist. Einzelne versuchen bereits, uns zu hintergehen. Wo wir das feststellen können, entgegen wir natürlich den Betroffenen die Plakate. Vor allem ist es die sogenannte Volkswäderei der Gebrüder Hanke, welche schon jetzt unsere Forderungen zu durchbrechen sucht. Die Geschäftsinhaber haben die Forderungen zwar unterschrieben, aber ein Teil der Filialinhaber beachtet sie nicht. In manchen Hankeleichen Filialen, auch in anderen Geschäften, werden sogar falsche Plakate ausgehängt. —

Bis zum Beginn der Versammlung hatten

gegen 1100 Wädereien unsere Forderungen bewilligt.

Inzwischen dürfte die Zahl schon auf 1200 gestiegen sein, denn der Andrang der bewilligungsbedürftigen Meister nach dem Streikbureau ist so stark, daß schon besondere Einrichtungen getroffen werden mußten, um alle Andrängenden abfertigen zu können. — Wenn auch unser Erfolg ein nachhaftig großartiger ist, so hat er uns doch nicht übermütig gemacht. Wir sind auch jetzt noch bereit, die Hand zu einem ehrlichen Frieden zu bieten, und mit den Meistern über die Festlegung geordneter Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verhandeln. Wir würden jetzt allerdings nicht so viel von unsern Forderungen ablassen, wie wir es vor dem Streik im Interesse des Friedens gethan hätten. Nachdem wir jetzt einen Sieg auf der ganzen Linie errungen haben, beginnt die größte Schwierigkeit, die Kontrolle bezüglich der Innehaltung unserer Forderungen. — Nach einer Auforderung zum treuen Festhalten an der Organisation wurde die Versammlung mit einem brausenden Hoch auf den Verband der Wädern geschlossen. Dem Hoch auf den Verband folgten begeisterte Kundgebungen für die Streikleitung.

Bei den Konditoren hat der Streik naturgemäß nicht so hohe Wellen geschlagen, wie bei den Wädern, da ja für die Bewegung nur eine verhältnismäßig kleine Zahl von Konditoren in Frage kommt. Vor allem handelt es sich darum, daß in Wädereien beschäftigte Konditoren keine Arbeit der streikenden Wädern verrichten, wo deren Forderungen nicht bewilligt sind. Wie gestern abend in einer Versammlung der Konditoren berichtet wurde, sind die Forderungen derselben in 44 Wädereien bewilligt worden. Das ist allerdings erst

der kleinere Teil der für die gegenwärtige Bewegung in Frage kommenden Betriebe. Angesichts des glänzenden Erfolges des Wädernstreiks wollen auch die Konditoren, soweit sie in Wädereien arbeiten, für die Erfüllung ihrer Forderungen eintreten und dieselben auch jetzt noch durch Arbeitsniederlegung erzwingen.

5. Verbandstag des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Leipzig, 11. Mai 1904.

In der Vormittagsitzung, die, wie bereits mitgeteilt, unter Ausschluß der Öffentlichkeit tagte, wurde über „Unre Laktul bei Streiks“ in Verbindung mit Lohnbewegung“ und den einschlägigen Zeitungsfragen gesprochen. Wie lebhaft die Diskussion war, erhellt aus der Tatsache, daß nicht weniger als 36 Wortmeldungen vorlagen, von denen bis zur Mittagspause erst 19 erledigt wurden.

Nachmittags wurde in der Debatte fortgefahren, deren Schluß um 1/2 Uhr durch einen angenommenen Schlußantrag herbeigeführt wurde. Sodann wurde die Öffentlichkeit der Verhandlungen wieder hergestellt und zunächst noch einige Verwaltungsangelegenheiten erledigt. Speziell wurde dem Vorstand überflüssiger Formalismus und Bürokratismus vorgeworfen. Auch einige Ungenauigkeiten bezw. Differenzen zwischen den Bestimmungen des Statuts und der Instruktion an die Verwaltungsbeamten sollen vorhanden sein. K l o h - S t u t t g a r t verteidigt die als überflüssig und belästigend empfundenen Maßnahmen des Vorstandes als durch die Ungenauigkeit der Abrechnungen in einzelnen Fällen notwendig geworden. Im Interesse einer strengen Kontrolle halte der Vorstand die Notwendigkeit der getroffenen Maßnahmen für geboten. Zum Teil werden einige Verwaltungsarbeiten auf Wunsch der Generalkommission notwendig, die das dadurch gewonnene Material als Ergänzung und Kontrolle der Reichsstatistik notwendig braucht. In einem bemängelten Falle des Unterschiedes zwischen Statut und Instruktion liegt ein leicht zu redressierendes Versehen vor.

Darauf wird in die Beratung über „Unre Zeitung“ samt den dazu gehörigen Anträgen eingetreten. Einige der letzteren wünschen eine Vergrößerung des technischen Teiles. Stubbe - H a m b u r g erklärt, daß die Redaktionskommission dieser Frage bereits nähergetreten ist und dieselbe eingehend erwogen habe. Er legt den Plan einer vierzehntägigen zu erscheinenden Jahrgangzeitung mit Illustrationen dar, wobei es sich fragt, ob 200 Abonnenten dafür zu haben wären. Die Redaktionsarbeiten waren zunächst nebenamtlich gedacht. Natürlich brauchten sich die Abonnenten nicht lediglich aus Verbandsmitgliedern zu rekrutieren. Wollte der Verbandstag diesen Pläne näher treten, so wäre möglicherweise ein entsprechendes Resultat zu erzielen. — Im Laufe der Debatte kamen natürlich die alten Klagen wieder, daß die Jahresschriften stark verkürzt wurden. Gegen die Haltung der „Holzarbeiter-Zeitung“ werden dagegen keinerlei Reklamationen erhoben. Auch sonstige Wünsche und Anregungen mannigfacher Art werden vorgebracht, die jedoch des öffentlichen Interesses entbehren. Auch der Gedanke der Schaffung einer eignen Druckerei analog dem Vorgehen anderer Verbände wird aufgeworfen. K o s e - H a m b u r g erläutert die technische Unmöglichkeit, die Berichte unverkürzt zu bringen. Des weiteren erläutert Redner die oft leichtfertige Art und Weise, mit welcher sogar per Postkarte das einfache Verlangen an ihn gestellt werde, über diese oder jene Firma die Sperre zu verhängen. Warum und um welche Berufsgruppe es sich handle, werde aber verschwiegen. Er würde sehr gern handeln, wenn er derartigen Wünschen willfahren wolle. Sein Recht der Anmerkungen zu einzelnen Artikeln verteidigt er in eingehender Weise. — Leipzig bringt eine anderweitige Anordnung der bisherigen vierteljährigen Verbands-Abrechnungen in Anregung. Sie sollen nicht mehr als Zeitungsskizzen, sondern gesondert in anderem Format erscheinen und in Stuttgart gedruckt werden. Es kann dadurch noch eine finanzielle Ersparnis herbeigeführt werden. —

Darauf erfolgt Schluß der Sitzung.

Aus Industrie und Handel.

Die russische Kriegaanleihe. Endlich, nachdem schon seit Wochen die Handels- und Börsepreise der westeuropäischen Mächte sich mit der neuen russischen 800 Millionen Franz-Anleihe beschäftigt hat, findet auch die zarische Regierung es für angebracht, den russischen Unterthanen gnädigst Kenntnis von der Aufnahme einer neuen Staatsanleihe zu geben. Der „Regierungsbote“ veröffentlicht einen Ulaß betreffend die Emission einer kurzfristigen Prozentigen auswärtigen Staatsanleihe im Nominalbetrage bis zu 800 Millionen Rubel, gleich 800 Millionen Franz, unter der Bezeichnung Prozentige Schuldscheine der Staatsrentei vom Jahre 1904. Die Realisierung erfolgt durch die Banque de Paris et des Pays-Bas, den Credit Lyonnais und Nattinguer u. Co. in Paris. Es werden auf den Inhaber lautende Schuldscheine über 187 Rubel 50 Kopelen gleich 500 Franz und 1875 Rubel gleich 5000 Franz emittiert. Kapital wie Zinsen sind steuerfrei. Die Tilgung hat bis zum 14. Mai 1909 zu erfolgen.

Noch charakteristischer als die nachträgliche Ankündigung ist die Motivierung, die sich das Finanzministerium leistet. Nachdem so häufig durch allerlei Zahlenkunststücke nachzuweisen versucht worden ist, daß es um die russischen Finanzen und die Vermittler der Staatsanleihe ausgezeichnet bestellt sei, kann nun nicht gut zugegeben werden, daß die Regierung sich in Geldverlegenheit befindet, und so wird denn offiziell die Ausgabe der neuen Schatzscheine in folgender Weise begründet:

„Der ungeachtet der friedlichen Tendenzen Rußlands entstandene Krieg mit Japan fand die russischen Finanzen in vollkommen günstiger Verfassung. Der freie Kapitalbestand des Reiches betrug, welcher anfangs des Jahres über 132 Millionen Rubel betrug, hat sich infolge der Reduzierung der hauptsächlichsten Budgetposten mehr als verdoppelt; ferner beträgt der totale Kassenschatz für Kriegszwecke über 300 Millionen. Jedoch erfordern die Kriegsjahre sehr bedeutende Ausgaben, so daß zweckmäßigerweise rechtzeitige Hilfsquellen vorzubereiten sind. Dies könnte einerseits durch Vorkäufe bei der Reichsbank, andererseits durch Emission von durch Gold gedeckten Kreditbills in Höhe von 500 Millionen geschehen. Um jedoch die Verausgabung des Barbestandes und eine Beeinträchtigung des Geldumlaufes zu vermeiden, sowie um Rußland nach dem Kriege eine gleich feste Finanzlage, wie sie vor dem Kriege bestanden hatte, zu sichern, hielt das Finanzministerium eine äußere Anleihe für angezeigt.“

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Zum Streik der Militär-Sattler Berlins ist zu berichten, daß außer der Firma G. Becker u. Co., Michaelstr. 29a, die Firmen Franz Cobau, Dresdenerstr. 82/83, Wunderlich Nachf., Plankenburg, Aug. Boh. Söhne, Wilhelmstr. 23, Carl Trenner, Tempelhof, Dorfstr. 28, A. Ph. Hoffmann, Wasserthorstr. 32, Schäfer u. Reiche, Urbanstr. 64, die Forderungen der Arbeiter, Anerkennung des neuen Tarifs bis zum 31. Dezember 1904, Einführung der stündigen Arbeitszeit, sowie die Einsetzung einer Kommission, welche bis zum 1. Juli 1904 einen den heutigen Verhältnissen entsprechenden Preis-Tarif ausarbeitet, der am 1. Januar 1905 in Kraft treten soll, bewilligt haben.

Nur die Firma Johann Friedrich Karl Ludwig, hier, Lindenstr. 93, hat die Forderungen rundweg abgelehnt, infolgedessen haben die dortselbst beschäftigten Kollegen, mit einer einzigen Ausnahme, die Arbeit niedergelegt.

Wir richten demnach an die Sattler aller Branchen das dringende Ersuchen, diesen Betrieb zu meiden und Bezug aufs strengste fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung Berlin des deutschen Sattler-Verbandes.

Die Werkstättenarbeiter der Großen Berliner Straßenbahn sind mit der Direktion in erste Differenzen geraten, die möglicherweise den Ausbruch eines Streiks zur Folge haben können. Bekanntlich herrschen in den Hauptwerkstätten seit geraumer Zeit Zustände, wie sie kaum in irgend einem andern Berliner Betriebe vorzufinden sein dürften. Miserable Löhne, schlechte sanitäre Verhältnisse und eine unwürdige Behandlung haben dieses Eldorado bei der großen Mehrheit der Metallarbeiter geradezu in Verfall gebracht. Am Mittwoch kam nun die lange währende stille Erbitterung plötzlich zum Durchbruch. Es war nämlich kürzlich von der Polizei angeordnet worden, bei Reparaturen des Unterboses der Wagen das bisher übliche Abbrennen zu unterlassen. Infolgedessen sollten die Arbeiter den an dem Unterbau haftenden Schmutz mit den Händen beseitigen. Teils weil nun die Arbeit zu unreinlich war, teils weil die Leute fürchteten, sich an den vielen scharfen Kanten Verwundungen und damit leicht Blutvergiftungen zuzuziehen, verweigerten mehrere die Ausführung der Arbeit. Heißt es bei der Großen Berliner nun schon für gewöhnlich: „wem's nicht paßt, der kann gehen“, so auch hier. Kurz entschlossen legten dann 13 Mann die Arbeit nieder und gingen. Die Art nun, wie diese Leute von ihren Vorgesetzten angefahren worden waren, brachte die gesamten Arbeiter in Harnisch. Am selben Abend fand noch eine Vertikalsitzung statt, in der eine aus drei Kollegen bestehende Kommission gewählt und beauftragt wurde, in der Angelegenheit bei der Direktion vorzutreten. Gleichzeitig sollten der Direktion eine Anzahl anderer Wünsche unterbreitet werden, von denen die meisten in den übrigen Fabrikbetrieben, weil selbstverständlich schon längst gewährt sind. J. W. Nebenarbeiten, die mit dem Afford nichts zu thun haben, in Lohn zu zahlen; Einrichtung genügender Ventilation, Bekanngabe der Affordbreite durch öffentlichen Aushang und Lieferung von brauchbarem Werkzeug in nötiger Menge; ferner als Spezialwünsche die Anbringung von Stromschaltern für die einzelnen Stränge zur Verhütung von Unfällen und Errichtung einer Kantine. — Als die Kommission am Freitag den Ingenieur W i l l e ersuchte, sie bei der Direktion anzumelden, wurden sie von diesem Herrn nicht besonders höflich behandelt und — abgewiesen. Die drei Kommissionsmitglieder begaben sich hierauf zum Betriebsdirektor W a r h o l d. Dort wurde aber nur einer von ihnen vorgelassen, und dieser wurde kurz und bündig bedeutet, die Arbeiter möchten ihre Beschwerden in einer Witschrift im Ansuchenwege zur Kenntnis der Direktion gelangen lassen, dann könne in Erwägungen darüber eingetreten werden. (1) Damit waren sie auch hier abgewiesen. Am Nachmittag sind dann die Affordbücher der Kommissionsmitglieder eingefordert worden, was dem üblichen Brauch zufolge gleichbedeutend ist mit ihrer Entlassung. — Vorstehender Sachverhalt beschloß nun gestern abend eine Versammlung der Werkstättenarbeiter und dort wurde unter einstimmiger Annahme einer entsprechenden Resolution beschlossen, am heutigen Sonnabend abends eine Versammlung stattfinden zu lassen, in der dann endgültig über die eventuelle Arbeitsniederlegung Beschluß gefaßt werden soll. Es kommen insgesamt etwa 800 Arbeiter in Betracht.

Deutsches Reich.

Achtung, Farmer!

Eine Privatdepesche aus Stettin meldet uns, daß heute auf der Schiffswerft „Vulkan“ 100 Farmer wegen Lohnreduzierung in den Auslauf getreten sind. Im Fernhaltung des Zugangs wird gebeten. Die Parteipresse wird um Nachdruck dieser Notiz ersucht.

Ausland.

Die Buchdrucker sind auch in Spanien prozentual am besten organisiert. So gehören der Buchdruckervereinigung von Madrid, die bereits über ein Vereinsvermögen von 15 000 Pesetas verfügt, die größte Zahl der im Buchdruckergerberbe beschäftigten Personen an. Diese Organisation strebt in erster Linie hygienische Verbesserungen in den Buchdruckerereien, Schaffung einer Fortbildungsschule für Lehrlinge, graduelle Einführung der neuen Tarife usw. an.

Nachwahl in Frankfurt-Lebn.

Wegen der Ungültigerklärung der Wahl unfres Genossen D r a u fand heute die Nachwahl statt. Die Ursachen der Ungültigerklärung sind seiner Zeit ausführlich mitgeteilt worden. Bei der Wahl am 16. Juni v. J. wurden 23 116 gültige Stimmen abgegeben, davon erhielten D r a u n (Soc.) 12 817, F e l i s h (kons.) 8208, Schwabach (natf.) 7025 Stimmen. Bei der Stichwahl siegte dann unser Genosse D r a u n mit 14 683 Stimmen über den Konservativen F e l i s h, welcher 14 204 Stimmen erhielt. Siehe auch unter „Deutsches Reich“.

Ueber den Ausfall der heutigen Nachwahl liegt folgende Privatdepesche vor:

Frankfurt a. D., 13. Mai, abends 10 Uhr 30 Min. (W. Z. B.) Bei der heutigen Reichstags-Ergebniswahl im Wahlkreis Frankfurt-Lebn erhielten nach den bisherigen Feststellungen W a s s e r m a n n (natf.) 11 706, D r a u n (Soc.) 11 812 und v. J a g w i t z (Wirtsch. Vereinigung) 2837 Stimmen. Es hat Stichwahl zwischen W a s s e r m a n n und D r a u n stattgefunden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Leipzig, 13. Mai. (W. Z. B.) Die Straßammer verurteilte den Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“, Richard Wagner, der früher Oberpostsekretär in Hanau war, wegen Verleumdung des Offiziercorps zu einem Monat Gefängnis. Dem preussischen und dem sächsischen Kriegsminister wurde die Publikationsbefugnis zugesprochen.

Jena, 13. Mai. (Privat-Depesche des „Vortwärts“.) Der Historiker Professor O t t o L o r e n z ist gestorben.

Lorenz war der Verfasser des „Herzog Ernst von Rouburg-Gotha“, dessen Denkwürdigkeiten von ihm herrühren. Neuerdings hat sich der Mann bekannt gemacht durch eine Schrift zur „wissenschaftlichen“ Verbreitung der Legende von Wilhelm dem Großen.

Oberhausen, 13. Mai. (W. Z. B.) Auf der Eisenhütte Oberhausen erstikten beim Reinigen einer Gasleitung vier Leute durch Einatmung giftiger Gase.

Genf, 13. Mai. (W. Z. B.) Der 21jährige Rechtsstudent Friz W i r c h aus Dresden stürzte am Mont Salève von einer Felswand ab und war sofort tot.

Paris, 13. Mai. (W. Z. B.) Bei Walden-Rouffieu trat in der vergangenen Nacht wieder eine starke Plutung ein, die eine bedrohliche Schwäche und Ohnmacht zur Folge hatte. Die Plutung wurde gestillt; heute ist das Befinden des Kranken besser.

Kopenhagen, 13. Mai. (W. Z. B.) In der dänischen Eisenindustrie stand infolge Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine allgemeine Aussperrung der letzteren bevor. Durch Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband und Vertretern der Arbeiter ist indes jetzt die Angelegenheit soweit geregelt worden, daß die Aussperrung unterbleibt.

Wien, 13. Mai. (W. Z. B.) Wien ist als bestverwahrter Hafen erklärt worden.

Eisenbahn-Angriff in Amerika.

London, 13. Mai. (W. Z. B.) Aus New York wird berichtet, daß der Federal Expresszug, welcher 1 Million Dollar in Postämtern und eine halbe Million in bar transportierte, auf einer Brücke entgleiste, als er mit einer Geschwindigkeit von 100 Kilometern fuhr. Mehrere Wagen stürzten in den Fluß. Der Führer und der Heizer wurden schwer verletzt und starben bald. Die Wagen mit den Geldsummen werden durch Beamte überwacht. Die Ursache der Entgleisung ist noch nicht bekannt, jedoch glaubt man, daß sie herbeigeführt worden ist, um den Zug zu plündern.

Reichstag.

90. Sitzung. Freitag, den 13. Mai 1904, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Frhr. v. Stengel, Dr. Nieberding.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Lesung des Gesetzes betr. Entschädigung für unschuldig erlittene Unterdrückungshaft.

Abg. Thiele (Soz.):

Meine Partei wird gegen das Gesetz stimmen. Wir können uns nicht entschließen, den Standpunkt einzunehmen, den das Centrum bei der zweiten Lesung so lebhaft vertreten hat, daß der Sperling in der Hand besser ist wie die Taube auf dem Dache. Mit solcher Taktik täuscht man die Regierung und täuscht das Volk. Die Regierung, weil man ihr Vorgehen sanktioniert, obwohl wir weder mit den Prinzipien noch der Ausführung des Gesetzes einverstanden sind. Und das Volk, weil man sich so stellt, als sei ein neues Volkrecht erzwungen, während in Wirklichkeit gar nichts erreicht ist. — Von den Konserwativen übercastet uns ja die Zustimmung zu dem in der zweiten Kommissionslesung so verhandeltem Entwurfe nicht; sie sind ja noch nie für ein allgemeines Recht des Volkes eingetreten. Aber charakteristisch für sie war doch eine Bemerkung des Abg. Himburg: „Wenigstens wird durch das neue Gesetz dafür gesorgt sein, daß nicht allzuviel Schuldige entschädigt werden.“ Wenn der Abg. Himburg als antirechtlicher Richter, der er ist, diesen Standpunkt einnimmt, daß vor allem verhindert werden muß, daß mit 98 Unschuldigen nicht auch 2 Schuldige hindurchkommen, dann mögen sich die Angeklagten in Acht nehmen. Der Abg. Storz hat uns vorgeworfen, die von uns vorgeschlagenen Resolutionen seien nur eine Maskierung unseres Müßiggangs. Das hätte er sich selbst sagen sollen, als er nach Einführung so vieler Bedenken doch für das Gesetz zu stimmen erklärte. Der grundlegende § 1 schließt die Entschädigung derjenigen aus, die schon vom Staatsanwalt freigesprochen sind, gegen die also beispielsweise nicht einmal genug Material zur Erhebung der Anklage vorlag. Die Regierung begründet diese Ausnahme damit, daß sie erklärt, es sei ein unbekanntes Gebiet, es würde nur eine ganz geringe Zahl davon betroffen und wir seien auch schon weiter als andre Staaten. Schlimm genug, daß die Entschädigung unschuldig Verhafteter für die Justizverwaltung ein unbekanntes Gebiet ist. Das liegt nur an ihr, nicht an den Schwierigkeiten der Materie. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) Die Zahl der Fälle ist auch gar nicht so gering; der Staatssekretär schätzte sie auf 20 Proz. Wir verwehren uns überhaupt principiell dagegen, eine Prozentgerechtigkeit anzuerkennen. Auch die im Militärstrafverfahren vom Gerichtsherrn freigesprochenen sollen nicht entschädigt werden, darunter litte die Disziplin. Zum Tausch mit einer Disziplin, die die Gerechtigkeit nicht vertragen kann! (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Es ist ja schwer, drei Juristen unter einen Hut zu bringen, aber ich bin überzeugt, wenn man alle 60 Juristen dieses Hauses zusammenberiefe, würden sie sich alle für unsern Antrag aussprechen. Man beruft sich immer auf die andern Staaten, wenn man Fortschritte verhindern will. Warum beruft man sich nicht auf sie, wenn es sich um Wahlrecht, Vereinsrecht, Befreiung durch das Volk handelt?!

Nun haben wir ja sehr vielen Gesetzen zugestimmt, obwohl sie mangelhaft waren, wenn wir erkennen, daß es sich um Mängel handelte, die die Regierung bei den bestehenden Verhältnissen nicht gut beseitigen konnte. In diesem Falle aber hätte es die Regierung sehr wohl gekonnt. Es lag nur an ihrem Willen, und da hatten wir einen offenen Kampf für besser, als ein feines Kompromiß. Dadurch wird eine gesunde, frische Klarheit in unsere Verhältnisse kommen, denn die Ohnmacht des Reichstags liegt viel weniger an der Stärke der Regierung als darin, daß er seinen Willen so wenig konsequent durchsetzt. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) Er ist doch nicht nur ein Wehr, der gehört und nicht gehört werden kann. So aber tritt ihm die Regierung in der Kommission von vorn herein entgegen. Der Reichslangler hat vorgeschrien im Herrenhause befragt, daß er für seine sociale Thaten keine Dankbarkeit finde. Das kommt, weil die Regierung sich jahrelang dazu drängen läßt und auch dann die Aufgabe nur sehr unvollkommen erfüllt. Fürchten Sie nicht, daß das Volk die Gerechtigkeit nicht vertragen kann; nachdem es einen so guten Wagen für so viele Ungerechtigkeiten gefahren hat, wird es auch die Gerechtigkeit vertragen, aber das Regierungssystem scheint sie nicht vertragen zu können. Ich möchte sehen, wie die preussische Regierung sich gegenüber einer wahrhaft großen Kulturarbeit ausnimmt. Wir wissen ja, daß, wenn wir nun gegen diesen Gesetzentwurf stimmen, die Gegner eine neue Nummer mehr im Verzeichnis der „nächtlichen Fortschritte“ haben werden, gegen die wir gestimmt haben. Das soll uns aber nicht hindern, uns selbst und unserem Programm treu zu bleiben. (Wahr! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.): Meine politischen Freunde werden dem Gesetz zu stimmen trotz schwerer Bedenken. In einer Sache, deren Entwicklung im Fluß ist, braucht man sich nichts zu vergeben, wenn man mit einer Abzugszahlung zufrieden ist. Der Vortredner hat unrecht, wenn er meint, eine Resolution legte der Regierung eine Verpflichtung auf. Er hat selbst zugegeben, daß das Gesetz eine Wohlthat ist, trotzdem ist seine Partei dagegen.

Abg. Thiele (Soz.): Meine Partei wird es gern tragen, an diesem Gesetze nicht mitzugreifen zu haben.

Darauf schließt die Diskussion. Das Gesetz wird im wesentlichen ohne Aenderung angenommen gegen die Stimmen der Socialdemokraten. Nur in § 4 wird ein Absatz hinzugefügt, daß der Beschluß über die Entschädigung des unschuldig Verhafteten auch den Hinterbliebenen zugestimmt werden muß.

Darauf legt das Haus die Beratung des Etats beim Justizetat fort. Hierzu liegt folgende Resolution Auer und Gen. (Soz.) vor:

Den Reichslangler zu ersuchen, — unbeschadet der Vorlegung eines Reichsstrafvollzugsgesetzes — bei den verbündeten Regierungen dahin zu wirken, daß

1. in den Gefängnissen und Strafanstalten schleunigst Maßregeln getroffen werden, welche geeignet sind, die rechtzeitige Feststellung von körperlichen und geistigen Erkrankungen der Gefangenen, sowie die Hilfeleistung in Erkrankungsfällen zu sichern;
2. die Verhängung von schweren Disziplinarstrafen unter Reichsgarantien gestellt wird;
3. dem Reichstage jährlich eine Uebersicht über Zahl, Art und Anlaß der in den Gefängnissen und Strafanstalten verhängten Disziplinarstrafen vorgelegt wird.

Abg. Dr. Bradnauer (Soz.):

Es scheint uns unausweichliche Pflicht des Reichstags, sich mit den Vorgängen zu beschäftigen, die unsere Resolution veranlaßt haben und bei der zweiten Lesung zum großen Teil noch nicht bekannt waren. Ihrem fürchterlich einschlägigen Eindruck kann sich niemand entziehen.

Ich habe die Akten des Reichstags seit seiner Begründung durchgeblättert und da ist mir auf dem Gebiet des Strafvollzugs vor allem zweierlei aufgefallen. Einmal die Verschleppung jeder Reform durch die Regierung. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) Es ist geradezu ein Musterbeispiel der Verschleppungskunst, das die Regierung durch mehr als drei Jahrzehnte geleistet hat. Aber auch der Reichstag hat sich auf diesem Gebiete fast ausschließlich mit den politischen Redaktionen beschäftigt und die Frage des Strafvollzuges sonst nicht behandelt. Es ging ihm wie der ganzen öffentlichen Meinung, die glaubt, daß das Entscheidende die Bestimmungen des Strafgesetzbuches sind und daß mit dem Urteilspruch des Richters der Fall in der Hauptsache erledigt ist. Dabei beginnt erst mit dem Betreten der Strafanstalt das eigentliche Problem der Strafrechtspflege. Geheimrat Röhne hat einmal gesagt:

der Strafvollzug sei das Schmerzenskind der Strafrechtspflege, und doch liegt der Kampf gegen das Verbrechen zweifellos in seiner Organisation. Daß man sich trotzdem so wenig mit ihm beschäftigt hat, hat seine natürliche Ursache. Die politischen Redaktionen sind in höchstem Maße in der Lage, die Öffentlichkeit aufzurufen. Wenn auch in dieser Hinsicht noch vieles im Argen liegt, sind doch gewisse kleine Verbesserungen erreicht. Die andern Gefangenen hingegen sind gar nicht in der Lage, die Öffentlichkeit für sich zu interessieren. Entweder legt man ihnen Mitteilungen kein Gewicht bei, oder sie sind so schwer gedemütigt, so tief gebrochen, daß sie gar keine Mitteilungen mehr machen können. Deshalb herrscht großes Schweigen über den vergitterten Häusern des Strafvollzuges. Gewiß haben sich aufgeklärte Ärzte der Strafanstalten um seine Verbesserung bemüht und eine große Literatur hierüber angehäuft, aber selbst humane Männer waren nicht im Stande, in der Praxis auch nur das Schlimmste zu verhindern. Jetzt ist der Vorhang weggezogen, und wir haben in eine Welt des Grauens und des Entsetzens

hineingeblickt. Das Buch von Hans Leuk, das dies zuerst bewirkt hat, wird ein Kulturbuch im höchsten Grade sein. Es war der außerordentlich seltene Fall eingetreten, daß ein Mann aus den gebildeten Klassen durch ein jähes Verhängnis unter die Menschen geworfen wurde, die sonst als Abschamm der Menschheit gelten. Er hat trotzdem die Anschauungen der modernen Strafrechtswissenschaft unterstellt, die nicht peinigen, erschrecken und niederdresen, sondern herausziehen, kräftigen will. Er hat das erreicht durch die lebensvolle Schilderung der Menschen, wie sie wirklich sind und wie sie die Gefängnisse bevölkern. Er hat eine große, begeisterte Fehde gegen die Vorurteile der Gesellschaft begonnen, die die Armen schuldig werden läßt und sie dann da hinabstößt, wo sie sich nie wieder aufrichten können. Sein Buch wird eine auf lange Zeit hinaus bedeutende Stellung in der Geschichte des Strafvollzuges einnehmen. Aber ich kann jetzt diese großen Fragen nur nach zwei Richtungen, nach der rascheren Entbindung von Krankenheiten und der Verhängung von Disziplinarstrafen erörtern, die beide schon auf dem Boden des gegenwärtigen Strafvollzuges zu lösen sind. Was wir über diese beiden Fragen von Leuk wissen, ist in letzter Zeit bedeutend ergänzt worden durch die

Veröffentlichungen der „Zeit am Montag“ und des „Vorwärts“.

Man würde den Inhalt für unmöglich halten, wenn er nicht allemal festgesetzt wäre. Es ist auch gegen die Veröffentlichung von Regierung und Verwaltung kein Widerspruch erhoben worden, so daß die Autentizität der Aktenstücke über jedem Zweifel erhaben ist. Ich bedauere aber zugleich, daß die Regierung sich nicht kritisch zu dieser Veröffentlichung geäußert hat. Ich deute ihr Schweigen als das der Betroffenheit. Ich bin gezwungen, hier wenigstens einiges aus dem Material vorzutragen, da die deutsche Presse den Veröffentlichungen in den genannten Blättern nicht die nötige Aufmerksamkeit geschenkt, sondern versucht hat, sie tot zu schwächen.

Erst neuerdings hat die Presse zur Sache Stellung genommen, so die „Köln. Volksz.“ und auch die „Köln. Ztg.“ Unter zwei Gesichtspunkten werde ich hauptsächlich meine Ausstellungen machen. Erstens werden die Krankheiten nicht rechtzeitig festgestellt und selbst gesunde Personen geraten durch das System in Verfall. Zweitens ist die Art der Anwendung der Disziplinarstrafen zu tabeln. Zwei Fälle aus früheren Jahren will ich zunächst erwähnen. Seit dem 24. Juni 1895, erzählt Leuk in seinem Buche, war ein gewisser Garbe krank und nahm keine Nahrung zu sich. Der Arzt Dr. Schredensberger untersuchte ihn anfangs Juli und diktierte ihm fünf Tage Dunkelarrest wegen Simulation. Am 15. Juli hielt der Arzt den Kranken immer noch für einen Simulanten und sagte ihm: „Wir wollen doch mal sehen, wer den größten Dicksopf hat.“ Am 31. Juli brach der Kranke bereits im Gefängnis tot zusammen;

seine Leber war gänzlich vom Krebs zerfressen.

Ich habe von Ärzten mir sagen lassen, daß eine solche Krankheit schon recht lange vorher zu erkennen ist. Meine Herren, wer von Ihnen sich vorstellen mag, was Dunkelarrest ist, ein Aufenthalt ohne Bettlager, bei Wasser und Brot, der kann sich denken, unter was für Qualen der arme Gefangene gestorben sein muß. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Aus derselben Anstalt will ich einen zweiten Fall nennen aus dem Jahre 1891. Ein Gefangener hatte bei seiner Aufnahme einen andern Gefangenen angegriffen und belam infolgedessen Arrest. Hier im Arrest betrug er sich nicht vorchriftsmäßig, infolgedessen bekam er nochmals zehn Tage. Dann hatte er ein Bedürfnis auf ein Stück Papier berichtet und bekam dafür nochmals zehn Tage. Am 28. April kam er aus dem Arrest und am 4. Mai

war er eine Leiche.

Dabei habe ich mich erlaubigt nach der Person des Direktors und erfahren, daß derselbe ein humaner Mann sein soll. Sie können sich vorstellen, wenn selbst unter der Leitung eines humanen Mannes dergleichen Dinge passieren, von welchen Strafanstalten der heutige Strafvollzug im allgemeinen begleitet sein muß. Ich komme zu einigen Fällen aus neuerer Zeit. Es werden sehen, daß sich diese Mißstände nicht auf eine Anstalt beschränken, ich nehme ein Beispiel aus der Strafanstalt Brandenburg. Ein Mann, namens Höbner, war im Jahre 1897 zu zwei Jahren Zuchthaus wegen Hehlerei verurteilt worden. Im März fragte die Frau des Verurteilten an, warum ihr Mann ihr nicht schreibe, es sei doch schon fast ein Jahr verfloßen. Die Antwort lautete, er sei zu faul gewesen und habe deshalb kein Geld. (Hört! hört! links.) Im August schreibt die Frau einen neuen

ganz verweirten Brief

an die Anstalt. (Redner verliest ihn und erweckt dadurch lebhafteste Aufmerksamkeit.) Jetzt wird dem Mann zu schreiben erlaubt; als er aber erklärt, seine Hände zitterten so sehr, daß er nicht schreiben könnte, unterblieb das Schreiben auch diesmal, da man ihm einen Mitgefängenen als Schreiber nicht gönnte. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Im November läuft ein drittes Schreiben der Frau ein. Sie sagt dabei: „Ich bin dem Wahnsinn nahe, ich kann es gar nicht begreifen, daß mein Mann plötzlich so schlecht geworden sein soll.“ (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Es wird wieder der Frau als Grund die übergroße Faulheit des Mannes angegeben. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Endlich 9 Monate nach dem ersten Brief entschließt man sich, den Mann vom Arzt an sehen zu lassen und es stellt sich sofort heraus, daß seine rechte Hand so stark zittert, daß er in der Tat nicht schreiben kann.

Es war ihm aber nicht nur das Schreiben verweigert, sondern er war auch inzwischen mit Arrest und Kostentziehung bestraft worden. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) — Ein anderer Fall aus der Strafanstalt Lichtenburg bei Torgau. Dort wurde ein Gefangener, der wegen Züchtelverbrechen zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilt war, zu Schneiderarbeiten befohlen, weil er vor langen Jahren beim Militär Schneider gewesen war. Vom 10. Februar 1894 an wird angezeigt, daß er das Pensum nicht leistet, und er wird wegen Faulheit zu sieben Tagen Arrest verurteilt. So geht es weiter zu 7 Tagen, zu 11 Tagen, einmal auch zu 14 Tagen über ein ganzes Jahr lang. Endlich im Juni 1895 wird ihm angedroht, daß er

Peitschenhiebe

zu erwarten habe, wenn er das Pensum noch einmal nicht liefert. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Durch neuere Verordnung sind die Peitschenhiebe als Strafe für Nichtlieferung des Pensums beseitigt worden. Für diesen Mann war es aber ein Glück, daß er gepeitscht werden konnte, weil diese Strafe nur unter Hinanzziehung des Arztes beschloßen werden kann. Da stellte sich bald heraus, daß er angestarrt war und die Röhre nicht sehen konnte. Aber inzwischen hatte er

über 200 Tage im fürchterlichen Dunkelarrest

zugebracht. Genau wie bei der Prügelstrafe mußte bei jeder schwereren Disziplinarstrafe ein Arzt hinzugezogen werden. — Nun zu Blögensee, das ja eine Mutter ausfall sein soll. Im Oktober 1901 wird angezeigt, daß der Strafgefangene Angell seinen Arbeitsplatz beschimpft und die Aufseher beschimpft hat. Er wird zu sieben Tagen Arrest verurteilt und der Gefängnisarzt erkennt die Vollstreckung für unbedenklich an. Es ist der Arzt, der sich durch diese Veröffentlichungen einen eignen Namen gemacht hat: Herr Dr. Pfleger, in der Strafanstalt unter dem Namen

„Dr. Unbedenklich“

bekannt, weil er mechanisch und schablonenmäßig unter jede Art von Disziplinarstrafe sein „Unbedenklich“ setzt. Obgleich die Mitgefängenen bereits darauf aufmerksam machten, daß Angell seit Wochen hustete und krank sei, kam er nicht ins Lazarett, sondern auf sieben Tage in den Dunkelarrest. Schon am 31. Oktober

brach er zusammen

und war am 2. Februar des nächsten Jahres tot. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) — Ein Strafgefangener Namens Adolph, der wegen Hehlerei im Jahre 1902 zu einem Jahre Gefängnis verurteilt war, aber sonst ein braver Mensch und guter Familienvater war, und sicherlich nach seiner Entlassung wieder ein nützliches Glied der menschlichen Gesellschaft geworden wäre, wurde wegen eines Ehrenleidens vom Lazarettgeheimen behandelt. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten), der ihn durch ungeschickte Behandlung immer neue Verletzungen zufügte. Erst nach geraumer Zeit kam er ins Lazarett und erst dann auf seinen Wunsch in die Charité. Dort wurde eine Mittelohrentzündung festgestellt und er

fiel bald darauf

in der Anstalt. So leichtfertig wird im Gefängnis mit Menschenleben umgegangen, so verächtlich werden Menschen zu Grunde gerichtet. (Lebhaftes Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Am schlimmsten steht es mit der Behandlung von Geisteskranken. Im Falle des Prinzen Arenberg sagte ich beim Militärarzte, er hätte sofort nach Feststellung seiner Unzurechnungsfähigkeit entlassen werden müssen. Aber ich fürchte, es werden viele in den Gefängnissen, die schwerer geisteskrank sind als Prinz Arenberg und doch nicht herauskommen. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) Schon die Gerichte prüfen zu wenig den Zustand der Angeklagten auf ihre Zurechnungsfähigkeit hin. Aber wenn im Gefängnis der Zustand erkannt wird, so mußte doch sofort nach den gesetzlichen Bestimmungen das Wiederernahmeverfahren erfolgen. — Ich komme jetzt auf den bekannten Fall Willy Große, der seiner Zeit den Justizrat Leiw ermordet und dafür 15 Jahre Gefängnis erhalten hatte. Man hätte ihn schon damals auf seinen Zustand hin untersuchen sollen, denn sein Vater war am Delirium gestorben. Aber meist ist bei einer solchen Mordthat die Wut zu groß, als daß für längere Untersuchungen noch die nötige Stimmung vorhanden ist. Im Januar 1899 stellte Sanitätsrat Dr. War fest, daß bei Große eine Geisteskrankheit im Entstehen sei. Im März 1899 machte er einen

Selbstmordversuch.

Später wird allerdings einmal die Möglichkeit der Simulation angenommen. Im Januar 1900 kam er in die Zuchthauszelle. Im Juli 1900 wurde ein reizbarer Zustand bei ihm festgestellt. Aus Briefen vom Juli 1902 ging klar hervor, daß der junge Mann vollständig verblüdet sei. Dabei wird der Mann noch heute im Gefängnis gehalten. Muß man denn die reichen Mittel haben wie Prinz Arenberg, um sich durch Verwandte die Wiederernahme des Verfahrens zu erzwingen? Ein anderer Fall. Im März 1902 wurde ein russischer Jude, Namens Staroff, seines Zeichens Tabakhändler, nach Blögensee auf ein Jahr eingeliefert, weil er eine Uhr gestohlen hatte. Er kam bereits anscheinend unzurechnungsfähig an. Wahrscheinlich hat er überhaupt nicht gestohlen. Bei seiner Einlieferung giebt er wirre Antworten. Im Gefängnis arbeitete er nicht, sondern stierte den Aufseher un- aufhörlich an. Dieser machte aber Bedingung. Der Arzt untersuchte Staroff und erklärte ihn für gesund. Hieraus kommt er noch mehrere Male nach einander in Arrest, weil man ihn für einen hartnäckigen Simulanten hielt. Als er endlich in seiner Zelle bestimmungsgelöst dalag, kommt er zur Beobachtung ins Lazarett und von dort ins Herrenhaus. Vom 22. März bis 24. Mai war der Mann zu

74 Tagen mehr oder minder strengen Arrest

verurteilt worden. — Zuletzt einen bisher noch unbekanntem Fall, der geradezu typisch ist. Im September 1899 wird ein gewisser Tritzer wegen Diebstahls auf 1 1/2 Jahre nach Blögensee eingeliefert. Wegen wiederholter Verstöße gegen die Hausordnung wurde er disziplinarlich bestraft. Dann ließ ihn Dr. Baer seinen Lebenslauf schreiben. Dieser Lebenslauf giebt zunächst die Thatlage ganz richtig an und fährt dann plötzlich fort: „In Halle trieb ich mich vorigen Herbst in einer Herberge herum und erfuhr, daß außerhalb der Stadt jemand wohnt, der viel Geld hat. Ich sprach ihn, als er ausging, als Bettler an, er wies mich ab; ich sollte mich wegscheren, sonst würde er seinen Hund auf mich hetzen. Da habe ich zunächst den Hund auf den Kopf, daß er tot war und dann balgte ich mich mit dem Manne, um ihm sein Geld zu nehmen. Möglich ist, daß ich einen heißen Blutstrom hervorbringen und der Mann war tot.“ Wie leicht festgestellt wurde, war es eine Wahnsinnsfiktion, da ein derartiges Verbrechen überhaupt nicht vorgekommen war. Trotzdem der Gefangene außerdem die Gegenstände mit Inschriften und Darstellungen scheinlicher Mordthaten bekräftigte, die man gar nicht wiedergeben kann, entließ ihn die Strafanstalt und vier Wochen später ist er an einer alten Frau

wirklich zum Mörder geworden.

(Vielfaches Hört! hört! links.) Man hat ihn gefaßt, ihm aber gar keine Prozedur gemacht, weil man seine Unzurechnungsfähigkeit sofort erkannte.

In die Grausigkeit all dieser Vorgänge kann die schärfste Kritik nicht herankommen. Man mag über Zweck der Strafen und Anwendung des Strafvollzuges denken wie man will, diese Geschehnisse sind gleich fürchterlich auch für die, die noch den Standpunkt einnehmen, den Verbrecher niederzuwerfen zu erschrecken, zu peinigen. Das ist ein Verfahren, das weit abliegt von jederlei Strafzweck, das widerrechtlich, ungesetzlich, unförmig ist und das zeigt, daß wir, die wir uns einbilden, in einem erleuchteten Zeitalter zu leben, noch nicht heraus sind über das, was wir rüchständigen Zeiten zum schwersten Vorwurf machen, daß Geistesranke gemartert und gefoltert werden. Noch heut wüßten wir alle diese Dinge nicht, wenn nicht ein Anstaltschreiber sie zufällig in den vergangenen zehn Jahren, und da dürfen wir wohl die Frage aufwerfen,

was mag noch alles verborgen sein?

(Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) Denn das Material, das hier vorliegt, stammt ausschließlich aus den Akten von Blögensee. Da ist es dringend notwendig, Abhilfe zu schaffen, aber da wir den socialen Grundsat des Zusammenhanges von Schuld und Risiko auf die Gefangenen angewendet wissen wollen, so wenden wir ihn auch auf die Ärzte und Anstaltsleiter an, welche unter Einrichtungen stehen, die zu so schrecklichen Zuständen führen müssen. Der ganze heutige Strafvollzug steht auf ganz falscher Grundlage. Diese ganze Art der Einsperrung ohne Licht und Luft, ohne genügende Ernährung läßt die Gefangenen geistig und körperlich immer mehr herunterkommen; wenn er herauskommt, und die beste Strafe gebraucht, um sich wieder empor zu arbeiten, trotzdem ihm der Makel des Gefängnisses anhaftet, dann ist er am wenigsten geeignet, den Kampf aufzunehmen, weil er am schlimmsten geschwächt ist. Dieser falsche Geist macht sich auch geltend im System der Disziplinarstrafen, deren langes Register beweist, daß man

nicht genug in der Strenge der Strafen und im Niederdrücken zu thun glaubt. Zu dieser falschen Auffassung der Abschreckungstheorie kommen noch zwei andre Uebel: der

Fiskalismus und der Bureaucratismus.

Gerade im Hinblick auf die Kosten hat der Staatssekretär jede Reform des Strafwesens stets abgelehnt. In Plönssee betreiben, wenn ich nicht irre, anfänglich honorierte Aerzte eine ganz bedeutende Privatpraxis. Kein Wunder, wenn sie die Strafgefängnisse im Nebenamt betrachten und in der Bureaucratie aufgehen, wo der Gefangene nur noch eine Nummer ist. Es müssen Vorkehrungen getroffen werden, daß schnelle und gründliche Hilfe den Gefangenen zu teil werden kann. Die Unterbeamten haben eine viel zu lange Dienstzeit, täglich 11 Stunden. Der Direktor einer Strafanstalt hat viel

zu viel Macht

über die Anstalt. Er ist in seiner Weise der mächtigste Mann. Alle möglichen Strafen, auch Prügelstrafen kann er erteilen; ohne jede kollegiale Beratung. Diese Macht ist unheimlich und bedenklich. Das Beschwerderecht ist null und nichtig. Die Leute sind viel zu unwissend für Beschwerden, sie machen Formfehler und die Briefe kommen deshalb oft nicht an die richtige Adresse. Die Aufsichtskommissionen sind nutzlos. Man läßt sich durch Geistliche, Arzt und Direktor herumführen und erfährt nichts Wesentliches.

Ich frage den Staatssekretär:

Ist, seit die Dinge bekannt geworden sind, etwas geschehen zur Abhilfe? Ich weiß nur, daß man den, der die Dinge veröffentlicht hat, in ein Strafverfahren zu ziehen versucht hat. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Man konnte ihm indes nichts anhaben. Man hat ihn deshalb aus Berlin verweisen wollen. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Nur durch eine Beschwerde beim Oberpräsidenten ist dies verhindert worden. In unsrer Resolution ist nur das Mindeste dessen, was wir fordern müssen, enthalten. Wir hoffen aber darüber hinaus, daß die Frage der Regelung des Strafvollzuges in ganz andrem Maße als bisher die Öffentlichkeit beschäftigen wird, daß der sociale Gedanke, der die Verbrechen erklärt, immer mehr an Boden gewinnt. Der Staat hat ganz anders die Pflicht, sich der Missethätigen anzunehmen, als bisher. Namentlich der

christliche Staat

kann unmöglich die heutige Strafrechtstheorie weiter dulden. Ich greife dabei auf die Strafrechtstheorie der Bibel zurück. Im Evangelium Matthaei sagt Christus auf die Frage Petri, wie oft man vergeben solle, ob es genug sei, siebenmal? Nein, nicht siebenmal, sondern siebenmal sieben. Davon ist heute nicht das mindeste zu spüren, sondern wir haben die Theorie der grausamsten Rache und Vergeltung. Da verlangen wir eine große Umkehr, damit eine schwere Schande unsrer Zeit beseitigt wird. (Lebhafte Beifall bei den Socialdemokraten.)

Staatssekretär Dr. Nieberding:

Unter den sieben oder acht Fällen, die der Vorredner angeführt hat, reichen einige in eine Zeit zurück, wo noch ein anderes Regime im Strafvollzug geherrscht hat, andre Fälle wieder sind mit starker Uebertreibung und unter groben Unrichtigkeiten dargestellt, woraus ich dem Vorredner übrigens persönlich keinen Vorwurf mache. Wären die Fälle richtig, so würden sie verallgemeinert in der That ein Bild vollständiger Verwahrlosung unsres Gefängniswesens und tiefgehender Verwilderung der Beamten ergeben. Wir haben in Preußen jährlich für mehr als 23 000 Gefangene in mehr als 50 Gefängnissen zu sorgen. Ohne die strengste Ordnung und die gewissenhafteste Aufsicht wäre eine solche große Verwaltung gar nicht zu führen; das wird jeder objektiv Urteilende von vornherein anerkennen. Ueber die heute bestehenden Anordnungen ist der Herr Vorredner offenbar nicht informiert, sonst hätte er über das Krankenwesen und das Disciplinarsystem in dem Gefängnis nicht Behauptungen aufgestellt, die mit den maßgebenden Vorschriften in direktem Widerspruch stehen. Er hätte wohlgehört, wenn es ihm nicht um Sensation zu thun war, sich nicht nur die Zeitungsberichte, sondern auch die bestehenden Vorschriften und die Berichte der Gefängnisverwaltungen näher anzusehen. Dann hätte er sich die Frage vorgelegt, ob denn das, was in den Zeitungen steht, überhaupt wahr sein kann. Seit 1879 haben wir in Preußen eine Neuordnung des gesamten Dienstes in den Justizanstalten vorgenommen. Die Verfügungen sind erlassen auf Grund einer Vereinbarung zwischen den Bundesregierungen über die gleichmäßige Behandlung der Strafgefängnisse. Die Verfügungen enthalten Anordnungen über die Behandlung der Kranken und Irren und Bestimmungen über die Thätigkeit der Aerzte und des Wärterpersonals. Auf genaueste ist die Zulässigkeit der einzelnen Disciplinarstrafen und sehr streng ist das Beschwerderecht geordnet, so daß die schönste Strafvollzugsordnung, die wir im socialdemokratischen Zukunftstaat bereinst bekommen werden, nicht mehr enthalten könnte (Heiterkeit rechts). Besonders eingehend ist die Stellung der Aerzte behandelt. Nebenbei bemerkt ist es nicht richtig, daß die Aerzte von Plönssee Privatpraxis neben ihrem Amte betreiben. Solche Mitteilungen geben dem Ganzen ein gewisses Lustre, versetzen aber zu einem ganz falschen Bild vom Gefängniswesen. Ueber die Arztvorbereitung sind besonders eingehende Bestimmungen getroffen. Ihre Unabhängigkeit gegen die Anstaltsvorsteher ist sichergestellt, so daß sie nur ihrem ärztlichen Gewissen zu folgen brauchen. Ich glaube, wenn diese Vorschriften wirklich in allen Fällen, wie man erwartet muß, von den Beamten beachtet werden, dann können Fälle so schwerer Art, wie sie hier geschildert sind, überhaupt nicht vorkommen. (Zuruf bei den Socialdemokraten: Ja, wenn!) Diesen Vorbehalt muß ich machen. Die Herren Socialdemokraten wissen ja selber, daß da, wo Menschen sind, auch menschliche Irrtümer vorkommen. Mehr können die Verwaltungen nicht thun, als solche Vorschriften erlassen. Mehr könnte auch das Parlament nicht thun, wenn der Strafvollzug reichsgesetzlich geregelt würde. Kommen Verstöße vor und gelangen sie zur Kenntnis der Aufsichtsverwaltung, dann werden sie aufs strengste geahndet. Die Verwaltung hat auch für eine laufende Kontrolle der Durchführung dieser Vorschriften gesorgt. Die Departementsräte der Gefängnisse und die Ober-Medizinalräte müssen vierteljährlich Bericht erstatten. — Auf die einzelnen Fälle, die der Vorredner angeführt, bin ich außer Stande einzugehen. Dazu würde gehören, daß wir von diesen Fällen vorher Kenntnis bekommen hätten. Wenn es den Herren darum zu thun ist, für vollständige Aufklärung zu sorgen, so würden sie gut thun, uns vorher zu benachrichtigen. Wir sind bereit, über alles Rechenschaft abzulegen. (Sehr richtig! rechts.) Ich muß mich also auf einzelne Fälle beschränken. In dem Buche von Leuz ist ein Fall angeführt, wo ein Kranker durch die falsche Behandlung der Anstaltsärzte zu Tode kariert worden sein soll. Als Leuz die Strafanstalt verließ, hat er der Staatsanwaltschaft fünf Fälle mitgeteilt, wo nach seinen Beobachtungen eine Behandlung der Gefangenen stattgefunden hat, die zum Tode oder zur Verfallmierung ihrer Leiden geführt hat. Die Staatsanwaltschaft hat sofort Ermittlungen angestellt, um ein Strafverfahren herbeizuführen. Es hat sich ergeben, daß vier Fälle überhaupt keinen Anlaß zum Einschreiten boten. Im fünften Falle war die Diagnose des Anstaltsarztes in der That unrichtig, aber diese unrichtige Diagnose hat nach dem Urteil medizinischer Autoritäten auf den Verlauf der Krankheit — es handelte sich um Krebs des Bauchfells — keinen Einfluß. Die wirklich objektive Unterstüßung der Staatsanwaltschaft (Rachen bei den Socialdemokraten.) hat hier also ergeben, daß von den wirklichen Thatsachen nicht viel übrig geblieben ist. Was den Hörsaal anlangt, der im Justizhaus zu Celle gefesselt und an Fittern der Hände gelittet hat, so hat die Verwaltung bis zum letzten Augenblick auf dem Standpunkt gestanden, daß der Mann ein Simulant sei. (Muss bei den Soc.: Das ist es ja eben!) Der Mann kam in die Freiheit zurück und wurde dann wegen Meineids zu vier Jahren Justizhaus verurteilt. Er betrat wieder das Justizhaus, und nun war das Fittern der Hände vollständig verschwunden! (Hört! hört!) Dieser

Fall beweist, wie nötig es ist, streng und vorsichtig gegen Simulanten zu sein. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Der dritte Fall, den der Vorredner erwähnte, ist der Fall Preiser aus der Strafanstalt Bienenburg bei Torgau. Dieser Mann ist von den Zeitungen als sehr sympathische Figur hingestellt und als ein Märtyrer behandelt worden. Es heißt, er sei verurteilt worden, weil er ein 30-jähriges Mädchen unftentlich berührt habe. Thatsächlich aber ist der Mann zu 1 1/2 Jahren Justizhaus wegen Meineids verurteilt gewesen und hat dann wegen unzüchtiger Handlungen an Kindern (Hört! hört!) ein Jahr Justizhaus erhalten. Dann ist er von neuem wegen unzüchtiger Handlungen an Kindern zu einem Jahre Justizhaus verurteilt worden. (Hört! hört!) Sie sollten sich doch wirklich ungeschuldiger Leute ausführen. (Große Unruhe und Zurufe bei den Socialdemokraten: Es kommt auf die Behandlung an!) Die Strafliste zeigt doch, daß der Mann streng behandelt werden mußte. Er hat wiederholt Dunkelarrest bekommen. Das ist in der That eine sehr schwere Strafe. Aber die Form, in der damals Dunkelarrest verhängt worden ist, ist jetzt beseitigt. So häufig wie damals darf der Dunkelarrest jetzt nicht mehr verhängt werden. Eine derartige Häufung von Dunkelarreststrafen kann jetzt nicht mehr vorkommen. Für die Vergangenheit können Sie uns doch nicht verantwortlich machen. Der Vorredner hätte besser gethan, sich mit uns in Verbindung zu setzen, wir hätten ihm gern das Material zugänglich gemacht, damit er die Fälle nach allen Seiten hin richtig beurteilen könnte. Dann wäre der Vorredner auch zu andern Schlüssen gekommen, als er sie gezogen hat. Er hat eine Reihe von Vorwürfen gegen die Strafanstalt Plönssee, die eine der hervorragendsten Anstalten der preussischen Verwaltung ist, gerichtet. Die Vorgänge in Plönssee sind in der Presse gefärbt mitgeteilt worden. Ich muß anerkennen, daß der Vorredner objektiv geblieben ist, und sich damit sehr von der Art unterschieden hat, wie in seinen Parteiblättern die Dinge besprochen worden sind. Die Fälle sind durch die Mitteilungen eines Gefangenen bekannt geworden, dem es durch das besondere Wohlwollen der Gefängnisdirektion möglich gewesen ist, seine Arbeiten nicht in der Zelle, sondern im Bureau der Anstalt auszuführen. Dieses Wohlwollen hat der Mann damit vergolten, daß er heimlich Akten abgeschrieben hat, die er jetzt gegen die Anstalt verwendet. (Hört! hört!) Ich erzähle das nicht, um die Mitteilung des Mannes zu diskreditieren. Wir werden jeder Mitteilung, von wem sie auch komme, nachgehen, um die Ordnung in den Gefängnissen aufrechtzuerhalten. Aber für die Beurteilung der Wahrheit in den Angaben dieses Mannes sind diese Vorgänge doch nicht ohne Bedeutung. Aus einer unläuterer Quelle kann kein reines Wasser kommen. (Lebhafte Zustimmung. Auf bei den Socialdemokraten: Unläutere Quelle?) Unläuter allerdings, denn die Akten sind heimlich abgeschrieben. Wegen der Veröffentlichung dieser Mitteilungen ist übrigens gegen eine Anzahl Blätter Strafantrag gestellt worden. (Muss bei den Socialdemokraten: So macht man's ja immer!) Anklagen sind erhoben gegen die „Zeit am Montag“, den „Vorwärts“, das „Vollblatt für Hessen“, die „Märkische Volksstimme“, den „Dannoverischen Volkswillen“, das „Halleische Volksblatt“ und die „Magdeburger Volksstimme“. Inzwischen werden noch einige andre Blätter hinzugekommen sein. (Rachen bei den Socialdemokraten.) Es ist uns darum zu thun, den Blättern ausgiebige Gelegenheit zu geben, die Richtigkeit ihrer Angaben unter Wahrheitsbeweis zu stellen. (Muss bei den Socialdemokraten: Der wird ja abgeknitten und wegen formaler Verleumdung verurteilt!) Sollten die Verhandlungen ergeben, daß alle Mitteilungen richtig sind, so wird ja die Verwaltung die notwendigen Folgen zu ziehen wissen. Vorläufig sind wir der Ansicht, daß es sich um durchaus tendenziöse Darstellungen handelt, die in unverantwortlicher Weise die Verwaltung und ihre Leitung herabgesetzt haben. Wir haben uns aber nicht bloß auf diese Anklagen beschränkt, sondern haben auch die Verwaltung von Plönssee einer eingehenden administrativen Prüfung unterzogen. Auf Anordnung des Justizministers hat ein hervorragender medizinischer Sachverständiger eine ganz unerwartete Revision unternommen. Unter andrem hat auch der Vorredner seinem Entgegen über das ekelerregende Wasser in Plönssee Ausdruck gegeben. Es ist nun festgestellt worden, daß das Wasser des Gefängnisses auch von Beamten und ihren Familien getrunken wird, und daß es von diesen noch niemals beanstandet worden ist. Krankheiten sind durch den Genuss des Wassers noch niemals entstanden, trotzdem ist das Wasser einer Untersuchung im hygienischen Institute der hiesigen Universität unterworfen worden und diese hat ergeben, daß es vollständig einwandfrei ist. (Hört! hört!) Auch die Lazareteinrichtungen und die Krankenbehandlung sind, von einem Monitum abgesehen, gut. Dieses Monitum geht dahin, daß die Aerzte das Journal über die Kranken nicht so ausführlich führen, als es erwünscht erscheint. Von einer Seite, deren Autorität und deren Unbefangtheit niemand zu bestreiten wagen wird, sind die Einrichtungen in Plönssee also als gut befunden worden. Ich glaube, das genügt, um jedem Unbefangenen klar zu machen, wie übertrieben die Mitteilungen waren, wonach die Deffentlichkeit beunruhigt worden ist. Den meisten von den Herren im Hause hier wird es schwer fallen, sich ein richtiges Bild von den Dingen zu machen, weil sie die Einrichtungen in den Strafanstalten nicht kennen. Um Ihnen ein Urteil zu ermöglichen, hat mich der Justizminister ermächtigt, den Herren mitzuteilen, daß es ihm ein Vergnügen sein würde, Ihnen Zutritt zu den Gefängnissen zu gewähren. (Große Heiterkeit.) Nun noch ein Wort zur Resolution. Es liegt keine Veranlassung vor, uns eine Resolution zu bringen, die einen so schweren Vorwurf gegen uns enthält. Für die Kranken und Irren ist ausreichend gesorgt. Der Art. 2 der Resolution liegt eine Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse zu Grunde, wie ein Blick in die Dienstordnung beweist. (Hört! hört! rechts.) Was die gewünschte Statistik betrifft, so ist sie in dem diden Buche enthalten, das die preussischen Strafanstaltsverwaltungen jährlich veröffentlichen. Es geschieht jetzt schon mehr, als die Resolution verlangt. Das Druckwerk noch weiter zu vermehren, liegt kein Anlaß vor. Auch in diesem Punkte kann ich dem Hause die Annahme der Resolution nicht empfehlen. Die Einrichtungen in den deutschen Strafanstalten sind mindestens so gut wie in andern Kulturstaaten. Die Strafgefängnisse werden bei uns gerecht und barmherzig behandelt. Einzelne Fälle mißbräuchlicher Anwendung der Vorschriften kommen überall vor.

Abg. Dr. Spahn (C.):

Wir haben keinen Anlaß, näher auf die Resolution einzugehen. Der Redner hätte weniger auf das Buch von Leuz Bezug nehmen sollen, das für uns nicht maßgebend ist. Leuz schreibt merkwürdige Dinge zum Beispiel. Der Mensch ist nicht fähig Richter und nicht fähig Zeuge zu sein. Das genügt. Das ganze Haus vertritt Mißbräuche, aber diese kommen überall vor. Der jetzige Leiter der Strafanstalten kann mit Stolz auf sein Lebenswerk hinblicken. Einzelne Aerzte haben sich geirrt. Geizig. Das geschieht auch im bürgerlichen Leben. Das man sich an Simulanten vergeißt, läßt sich kaum ändern. Ueber die Verhängung von Disciplinarstrafen bestehen strenge Vorschriften, Anhören des Arztes, Genehmigung der Aufsichtsbehörde usw. Erst wenn wir ein Reichsgesetz über den Strafvollzug haben, können wir uns mit solchen Dingen beschäftigen. Bis dahin gehört das in den Landtag. Auch die Ueberanstrengung der Unterbeamten bestreite ich. (Lebhafte Zustimmung im Centrum.)

Abg. Dr. Mugdan (fr. Sp.):

Die beantragte Resolution zeigt eine kolossale Unwissenheit; denn die Verordnungen, die darin gefordert werden, bestehen längst. Aber die Fälle zeigen auch, daß Sie auf alles hineinfallen. Auf die Angaben eines entlassenen Gefangenen hin werden Fälle um „Fälle“ ohne jede Prüfung durch die Presse geschleppt. Dann hat Herr Dr. Gradnauer den Rat, von dieser Stelle aus zu sagen, er mache den Einzelnen keinen Vorwurf. Meine Herren! Was meinen Kollegen Baer und Pfeleger in den socialdemokratischen Zeitungen zugefügt worden ist, ist eine Ehrabschneidung gemeinster Sorte. (Große, lang anhaltende Unruhe h. d. Soc.) Die Wahrheit in den meisten Fällen wird ja die gerichtliche Untersuchung ergeben. Ich

kann Herrn Dr. Gradnauer vorläufig versichern, daß alle seine Fälle aus Plönssee vollkommen unwahr sind. (Große Unruhe h. d. Sociald.) Ein Gefangener hat Aktienstücke erworben! (Große Unruhe und Zurufe bei den Socialdemokraten: Ehrabschneidung gemeinster Sorte!), die gänzlich unvollständig sind und die zu verwenden ich überhaupt für unanständig halte. (Große Unruhe und laute Zwischenrufe bei den Socialdemokraten.) Seien Sie doch still, ich überhöre Sie ja doch! Ich wiederhole es: Ihre Moral ist sehr tief gesunken, daß sie solche entworfenen Briefe und Aktenstücke verwerten. (Anhaltende Unruhe bei den Socialdemokraten.) Sie werden Ihr blaues Wunder erleben, wenn Ihnen bei Gericht die vollständigen Akten vorgelegt werden. (Rachen bei den Socialdemokraten.) Hier will ich nur auf den Fall Große eingehen. Geheimrat Baer hat im „Archiv für Kriminalanthropologie“ erschoßend nachgewiesen, daß Große simuliert und alle seine Pläne vorher verrät. Aber was kümmert Sie, daß Sie sich schon seit einem Jahre über die Sache hätten unterrichten können. Für Sie ist der Fall nur dazu da, um wieder die alte Socialdemokratie zu machen. (Große Unruhe und laute Zurufe bei den Socialdemokraten.) Sie sind wieder reingefallen, wie bei sehr vielen andern Dingen. (Zuruf des Abg. Stadthagen.) Ja, Herr Stadthagen, Sie haben ja leider oft das Glück gehabt, in Plönssee zu sitzen. (Lebhafte, langanhaltende Beifall rechts, in der Mitte und bei den Freisinnigen.)

Abg. Dr. Lucas (natl.): Die Bekämpfung von Mißständen beginnen wir alle mit Freude, aber die Uebel liegen hier auf dem Gebiete des materiellen Strafrechts. Verordnungen und Verfügungen helfen hier nichts, wir haben schon zu viel. Man wird immer mit diesen bedauerlichen, sehr bedauerlichen Zufällen zu rechnen haben; derartige kommt auch in jedem Krankenhaus einmal vor. Rechtsgarantien können hier nicht geschaffen werden, eine Statistik nützt uns nichts; wir mühten auf jeden einzelnen Fall eingehen. Wir können daher der Resolution nicht zustimmen. (Bravo! bei den Rationalliberalen.)

Abg. Werner (Antif.): Ich glaube nicht, daß wir der Einladung des Staatssekretärs folgend die Gefängnisverwaltungen selbst kennen lernen können. Dazu gehört längere Zeit. (Große Heiterkeit.) Die Resolution der Socialdemokraten scheint mir unannehmbar, weil sie undurchführbar ist; die neuen Bestimmungen genügen hier durchaus. (Bravo!)

Abg. Thiele (Soc.):

Daß unsre Resolution solchen Sturm der Entrüstung entfesseln würde, hätte ich nicht gedacht. Der Staatssekretär verweist auf die neu erlassene Verfügung; aber wir wissen, daß die Mißstände nicht auf dem bösen Willen der Beamten beruhen, sondern auf Verhältnissen, die durch keine Verordnung geändert werden. Besonders gewundert hat mich die Verbe, mit der Herr Dr. Mugdan an gegen uns auftrat. Er wagte uns heyerische Absichten unterzuschreiben. Das würde er sagen, wenn ich ihm erklärte, daß er sich durch seine Reichstagsreden nur den Konservativen und Nationalliberalen seines Wahlkreises in empfehlende Erinnerung bringen will. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Ihm, wie dem Staatssekretär muß ich immer nur das eine entgegenhalten, daß alle diese Mißstände nach dem Wortlaute der Akten hier dargestellt worden sind. Von unserm „Reinfall“ kann also keine Rede sein. — Wir kennen als Redakteure socialdemokratischer Blätter ja alle aus längerer oder längerer Bekanntschaft, ich aus längerer, solche Dinge. (Heiterkeit.) Ich könnte Ihnen aus eigener Erfahrung Fälle erzählen, in denen ganz ruhige Gefangene wegen eines plötzlichen offenbar krankhaften Tobsuchtsanfalls zu langen Arreststrafen verurteilt worden sind. Ich bin fest überzeugt, eine künftige Zeit wird dieses ganze barbarische System der langfristigen Freiheitsstrafen verwerfen. — Redner geht dann in längeren Ausführungen auf zwei Streitfragen ein, die er schon in zweiter Lesung gegenüber dem Staatssekretär verfochten hat. Es handelt sich um die Forderung einer Statistik aller ausgeprochenen Gefängnis- und Justizhausstrafen sowie um den Fall der zwangsweisen Vorführung des Redners vor ein Gericht in Halle trotz seiner Immunität als Abgeordneter.

Abg. Fröhlich (Antif.): Die Aufdeckung von wirklichen Mißständen halten wir alle für wünschenswert; was an diesen heutigen Anschuldigungen wahr ist, wird ja die Untersuchung ergeben. Herr Dr. Gradnauer hätte deswegen nicht wieder dem Christentum etwas anhängen brauchen. Jedenfalls muß im Justizhaus auch eine strenge herrschen, es ist kein Vergnügungsort. (Rachen links.) — Redner behandelt dann die zahlreichen Verschleppungen im Fall Gehlen.

Abg. Burloge (C.) widerruft eine Bemerkung aus der zweiten Lesung, in der er Einnahmen und Ausgaben des Justizhauses Ludwigsburg falsch angegeben habe.

Abg. Dr. Gradnauer (Soc.):

Ich bedauere außerordentlich, daß die Debatte diesen Gang genommen hat, vor allem um der Sache selbst willen. Aufsehen zu erregen, ist unser Recht und unsere Pflicht, wenn die Uebelstände, die wir geschildert haben, nur wahr sind. Ich fürchte, daß diese Debatte der Reform des Strafvollzuges nichts genügt hat. Daß Hörsaal in einem späteren Gefängnis kein Dandzittern gehabt hat, kann ja sein, aber der Anstaltsarzt in Brandenburg hat es doch bescheinigt. Ich bemerke dem Herrn Staatssekretär, daß ich keine der Personen, von denen ich sprach, für unschuldig erkläre, aber der Sinn meines Vortrages war, gerade auf für diese Verantwortlichkeit zu verlangen. — Die Behauptung, daß wir die Nachrichten aus unläuteren Quellen haben, weise ich entschieden zurück. Mit Herrn Dr. Mugdan werde ich mich überhaupt noch näher beschäftigen. (Heiterkeit.) Vorläufig sage ich ihm nur, daß seine Ausdrücke „entwenden“ usw. auf vollkommener Unkenntnis und Unwissenheit beruhen. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) Woher das Material kommt, darauf können wir keine Rücksicht nehmen. Wenn es sich um wichtige öffentliche Angelegenheiten handelt, können wir jedenfalls die Dinge nicht im Verborgenen lassen. Die Zeitungen haben kein Unrecht gethan, sondern sich ein Verdienst erworben, als sie diese Mißstände zur Sprache brachten.

Dem Staatssekretär erwidere ich, daß die Dienstvorschriften mir genau bekannt sind. Gerade danach kann eine Disciplinarstrafe vom Richter verhängt werden, und diese Mißbräuche beschränken wir. Um die neuesten Fälle ist der Staatssekretär überhaupt herumgegangen. Wenn er mir rät, in den Pflanztagen die Gefängnisordnung zu studieren, so mag er sich die Gefängnisse gründlich ansehen und sich einmal über Pflanztagen einprägen lassen. (Heiterkeit.) Wir kennen die Gefängnisse besser als die Abgeordneten aller andern Parteien. (Heiterkeit.) Kennen Sie sie ebenso, würden Sie mit und nicht gegen uns gehen. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) Die Fälle, die ich angeführt habe, haben wochenlang vorher in den Zeitungen gestanden. Die Regierung hat nicht richtig gestellt, was ihre Pflicht als lokale Verwaltung und politisch anhängige Regierung gewesen wäre. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) Jetzt droht sie mit dem Strafantrage. Wir wissen, die Aktenstücke kann man nicht aus der Welt schaffen, aber es giebt ja noch eine formale Verleumdung, hinter die man sich verkrühen kann. Das ist ein geradezu unwürdiges Gebahren seitens der höchsten Stellen.

Präsident Graf Ballesrem: Ich hoffe, daß Sie damit nicht die Reichsregierung gemeint haben, sonst müßte ich einschreiten.

Abg. Dr. Gradnauer (fortfahrend):

Dem Staatssekretär ist in dem einzigen Falle, den er ausführlich dargestellt hat, ein großes Versehen unterlaufen. Er sprach davon, daß in vier der fünf von Leuz angezeigten Fälle der Staatsanwalt keinen Grund zum Einschreiten gehabt habe, aber doch nur, weil die Körperverletzung verjährt war. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) In dem andern Falle hat der Staatsanwalt ein Verbrechen des Arztes ausdrücklich anerkannt. Herr Spahn hat den Strafvollzug eifriger verteidigt wie ein preussischer Justizminister. Er befindet sich in diametralen Gegensatz zu der ihm parteigegenständlichen „Königlichen Volkszeitung“ und hätte die Frage doch etwas ernster und sachlicher behandeln können. Daß der Strafvollzug zur Unständigkeit des Reichstages gehört, bezweifle ich nicht im mindesten. Die Schaffung einheitlicher Bestimmungen ohne ihn wäre eine einfache Umgehung des Reichsrechts. (Sehr richtig! h. d. Soc.)

Die Arbeitszeit ist in Wögnsee durchweg effizient und auch sonst vielfach nicht niedriger. Und Sie, Herr Dr. Mugdan (Rachen bei den Freisinnigen), was ist das für eine Art Liberalismus, die Sie heute wieder geoffenbart haben? Sie müssen sich ja vor der reaktionären nationalliberalen Partei schämen! Sie haben mit großen Worten um sich geworfen, uns Effektivität vorgeworfen; was würden Sie sagen, wenn ich Ihre Motive als Strebererei bezeichne? (Sehr gut!) bei den Sozialdemokraten, große Unruhe bei den Freisinnigen! Ich denke gar nicht daran, das zu thun, aber es ist sehr bedauerlich, daß ein Mann, der sich der liberalen Partei zurechnet, solche Unterstellungen macht. Zur Sache hat Dr. Mugdan nichts gesagt. Er ist auf keinen Fall sachlich eingegangen, sondern nur mit möglichst plumpen und groben Worten gegen die Sozialdemokratie zu Felde gezogen. Soweit ich in Betracht komme, muß ich aufs entschiedenste den Vorwurf zurückweisen, Herrn Dr. Baer verdächtigt oder auch nur angegriffen zu haben. Das hat der Staatssekretär auch anerkannt, der überhaupt viel ruhiger und sachlicher gesprochen hat als der freisinnige Volksmann Dr. Mugdan. Ich gestehe ihm offen zu, daß ich den Auftrag von Dr. Baer nicht kannte. Aber Herr Dr. Baer selbst hat am 20. Juni 1903 geschrieben: „Große ist geistig nicht gesund.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) — Die Simulation ist ja ein sehr schwieriges Kapitel; ich glaube, sie ist lange nicht so häufig, wie man denkt. Wirklich Geisteskräfte simulieren sehr oft. Auf die Autorität eines einzelnen Arztes kann man da nichts geben. Große hat jedenfalls 1902/03 die verrücktesten Briefe an den Kaiser, den Reichstag usw. geschrieben; beim Prinzen Arenberg hat man jedenfalls alles getan, um die Geisteskränkung festzuhalten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nur noch wenige Worte über die Resolution. Meine gesamten Ausführungen haben ihre Notwendigkeit bewiesen. Die Statistik, auf die auch Herr Dr. Nieberding verwies, ist mir bekannt. Aber sie genügt uns nicht. Wir verlangen mehr, wir wollen kommentierte Zahlen, allmähliche Darstellung über den Anlaß der schweren Disziplinarstrafen. Nicht jede kleine Disziplinarstrafe will ich auf den Instanzenweg verwiesen haben, wohl aber die schwereren, die nicht der einzelne Vorleser, sondern nur ein richterliches Kollegium verhängen dürfte. Ich bedauere die ablehnende Haltung der Parteien zu unsrer Resolution. Sie veranlaßt uns aber nicht, auch nur das geringste zurückzunehmen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir haben nur unsere Pflicht getan. Wenn Sie die Resolution ablehnen, dann fällt auf Sie die Verantwortung, daß nichts geschieht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie nehmen das leicht, wie sie alle Mißstände leicht nehmen. Wir aber nehmen sie nicht leicht, und wenn wir Ihren Beifall nicht haben, die deutsche Öffentlichkeit wird uns Beifall spenden. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Dr. Nieberding: Der Vorredner hat behauptet, meine Darstellung der fünf von Leuz erwähnten Fälle und ihres Verlaufes ist unrichtig. Die Staatsanwaltschaft habe die Strafverfolgung abgelehnt, weil in vier Fällen Verjährung eingetreten sei. Wäre das richtig, dann würde auf dem Wege der ehrenrührige Verdacht liegen bleiben, daß er ärztliche Fehler begangen habe. In Wirklichkeit ist aber die Darstellung des Vorredners unrichtig und unvollständig. Wir liegen eine Erklärung der Staatsanwaltschaft vor, in der es heißt: „Die übrigen vier Fälle liegen vor 1894 und sind verjährt, hätten aber auch sonst keinen Anlaß zu strafrechtlichem Einschreiten geboten.“

Abg. Stadthagen (Soz.): Wenn unsere Presse in manchen Fällen verurteilt worden ist, so will das wenig belegen. Denn das Reichsgericht z. B. hat zugesehen, daß Richter sich geirrt haben können und daß trotzdem das Reichsgericht das Urteil nicht habe korrigieren können. Die von uns erwähnten Fälle beruhen vollständig auf Wahrheit. Der Fall meines Parteigenossen Levy ist außerordentlich erschwerend. Das haben Sie nicht wegdeuteln können. Dem Abgeordneten Dr. Spahn erwidere ich, daß z. B. Wögnsee dem Minister des Innern nicht untersteht und die neuen Vorschriften dafür nicht gelten. Die 10-14stündige Arbeitszeit trifft in Wögnsee nicht zu, sondern die 13-14stündige! Dabei ist der Gefängnisdienst sehr aufreibend. Die Instruktion mag ja anders bestimmen, aber sie wird nicht inne gehalten. Dem Abg. Dr. Mugdan erwidere ich, daß wir gegen den Sanitätsrat Baer gar nicht vorgegangen sind, sondern wir haben ihn früher öffentlich lobend erwähnt, zum Beispiel wegen seiner Bekämpfung des Alkohols. Wir haben auch heute den Dr. Baer nicht angegriffen, sondern wir haben nur darauf hingewiesen, daß man seine Anforderungen nicht befolgt hat. Dr. Mugdan fragt, woher wir die Kenntnis der Akten hätten. Das ist doch gleichgültig. Mugdan sagt zwar, es wäre alles falsch. (Abg. Mugdan nickt.) Ja, Sie reden mit dem Kopfe. (Jemand ruft: Frau!) Gewiß ein dreifaches Pflid verdienen wir, wenn wir, nur um Sensation zu erregen, die erwähnten Fälle vorgebracht hätten. Es wäre genau so, wie wenn Dr. Mugdan, um ein Mandat zu erlangen, seine Religion wechselte. (Allgemeine Heiterkeit.) Daß unsere Aktenstücke richtig sind, ist zugegeben; dann ist es aber gleichgültig, woher wir unsre Kenntnis genommen haben. Dr. Spahn erwidere ich, daß allerdings schon jetzt der Strafvollzug zur Kompetenz des Reichstags gehört. § 6 der Grundlinien des Strafrechts giebt uns dazu das Recht. Dr. Spahn selbst hat früher erklärt, jeder einzelne Rechtsfall im Deutschen Reich gehört zur Kompetenz des Reichstags; ebenso ist es mit dem Strafvollzug. Wir haben das Recht, zu verlangen, daß sobald als möglich der Strafvollzug geregelt wird. Im Interesse des geringen Vertrauens, das vielleicht noch die Rechtspflege in Deutschland besitzt, bitte ich Sie, unsrer Resolution zuzustimmen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Mugdan (fr. Sp.): Wir sind deshalb gegen die Resolution, weil wir heute nicht so ein mal festlegen wollen, daß Mängel im Strafvollzuge bestehen. Es ist unüberlegt, daß die Aktenstücke von dem Herrn verwendet sind. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Nur abgeschrieben!) Es ist doch kein Unterschied, ob ich ein Aktenstück ganz entwerde, oder ob ich ein Aktenstück nur für einen Augenblick entwerde, um es abzuschreiben. Um den Meinungsfall der Herren Sozialdemokraten in der heutigen Sitzung zu verbilligen, möchte ich noch darauf hinweisen, daß die Herren den großen Fehler gemacht haben, nicht alle Aktenstücke zu veröffentlichen, sondern nur einen Teil. Ich kann zum Beispiel einen Brief des Herrn Große verlesen, woraus hervorgeht, daß er simuliert. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Vorlesen!) Bei den Gerichtsverhandlungen kann ja der Brief verlesen werden. Eine Presse muß prüfen, ob die Angaben, die sie veröffentlicht, auch richtig sind. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Kamentlich wenn jemand auf unrichtige Weise in den Besitz gekommen ist. Der Staatssekretär hat erklärt, daß Strafantrag gegen die betreffenden Zeitungen gestellt worden ist. Ich weiß nicht, ob das mitzuteilen politisch richtig war. Denn man darf jetzt auf die Sache nicht weiter eingehen. Bei dem Ohrenkranken, von dem heute die Rede war, hat sich ganz genau herausgestellt, daß Sie (zu den Sozialdemokraten) im Unrecht sind. Ich habe das aus den Akten gesehen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Woher haben Sie denn das Material?) Ich habe es aus denjenigen Quellen, die die allerhöchsten sind. Ihre Presse hat anständige Leute verleumdet ohne Unterlage. (Sehr richtig! rechts und bei den Freisinnigen.) Das halte ich für die größte Gemeinheit! Das behenne ich als Liberaler und weil ich für die Freiheit der Presse kämpfe. Aber die Vorbedingung ist, daß die Presse die Freiheit nicht mißbraucht. (Lebhafte Ausrufe: Sehr richtig! Stürmische Unterbrechungen bei den Sozialdemokraten und Ausrufe: Das sagt jeder Reaktionsär!) Es ist ein Mißbrauch, wenn Ihre Presse für und für ehrenrührige Angriffe heut gegen ein Mitglied dieses Hauses, morgen gegen ein Bundesratsmitglied und übermorgen gegen einen Arzt richtet. Ich muß befürchten, daß die Freiheit der Presse schließlich Schiffbruch erleiden muß, wenn es so weiter geht, und weil ich diese Gefahr sehe, deshalb belämpfe ich sie als liberaler Mann. (Bravo!) Herr Dr. Gradnauer hat zugegeben, daß er im Falle Große unrecht gehabt hat. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Kein Mensch hat hier behauptet, daß dieses Aktenmaterial unrichtig ist, wohl aber, daß viele Aktenstücke fehlen und zwar gerade solche, die das veröffentlichte Aktenmaterial als unbrauchbar erkennen lassen. Die Niederlage der Sozialdemokraten wegen der Verleumdungen, die in ihrer Presse gefunden haben, muß vollständig sein. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn sich einige bürgerliche Blätter zuerst günstiger zu diesen Veröffentlichungen gestellt haben, so ist mir das sehr begreiflich. Als ich die Fälle las, mußte auch ich mir sagen: hier liegen ja außerordentliche Mißstände vor. Aber ich war vorsichtig genug, mich erst zu überzeugen, ob die Angaben richtig waren. Die bürgerliche Presse aber hat der sozialdemokratischen Presse ohne weiteres geglaubt. Das ist ein großer Fehler. (Sehr richtig! rechts.) Ich halte es ja auch für notwendig, daß einige Mißstände auch bei uns beseitigt werden: die übermäßige Belastung der Unterbeamten und der Mangel an ärztlichem Personal. Aber der große Kern der sozialdemokratischen Presse, die so thut, als bestünde in unseren Gefängnissen eine geradezu mittelalterliche Barbarei, ist unbegründet. (Sehr richtig!) Was wollen selbst einzelne Fälle belegen, wenn wir hören, daß 23 000 Strafgefangene jährlich vorhanden sind. Ich würde noch weit mehr mit Wasser aus dem Dresdener Jungbrunnen gegossen werden, wenn ich aus der Thatfache, daß täglich Arbeiter wegen Unzucht und wegen Diebstahls verurteilt werden, die Folgerung ziehen würde, daß die Arbeiterklasse Unzucht und Diebstahl begeht. Das würde mit Recht als blödsinnig bezeichnet werden. Die Sozialdemokraten aber sagen immer: dieser Fall ist typisch für die bürgerliche Gesellschaft. Ihre Kritik geht nicht darauf aus, Mißstände abzuschaffen, sondern nur für Agitationsstoff zu sorgen, und dadurch tragen Sie am meisten zu den sozialen Schäden der Gesellschaft bei. (Gelächter bei den Sozialdemokraten. Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Gradnauer (Soz.): Herr Mugdan hat eben erklärt, daß die Motive, die uns bei einer Aktion leiteten, ausschließlich darin bestanden, Aufsehen, Unruhe und Verwirrung hervorzurufen. Einige Minuten vorher aber hat er selber sich bequemt, zu erklären, daß ja Mißstände im Gefängniswesen vorhanden seien. Freilich auf ihre Abheilung hat er nicht ernsthaft gedrungen. Wenn wir Unrecht hatten, so war es Pflicht der betreffenden Stellen, uns so gut zu informieren, wie sie Dr. Mugdan informiert haben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Denn sonst sind sie daran schuld, daß nicht nur wir, sondern auch die „Reinliche Volkszeitung“, um im Jargon des Herrn Dr. Mugdan zu reden, hereingefallen ist; aber gegen die Regierung wagt Herr Dr. Mugdan natürlich nichts zu sagen. (Heiterkeit und Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Es ist eine vollkommene Verschiebung der Verhältnisse, ein trauriges Manöver, statt Mißstände zu belämpfen, zu fragen, wer sie an die Öffentlichkeit gebracht hat. Aber Herrn Dr. Mugdans Darstellung ist noch obendrein unrichtig. Der Gefangene, der als Schreiber beschäftigt war, hat pflichtgemäß die Akten unter sich gehabt und jedenfalls nichts kriminell Strafbares getan. Jedenfalls hat er das Verdienst, daß die Sache in die Öffentlichkeit gekommen ist. Wir haben den Mann erst aufgesucht, als seine Mitteilungen in einer nicht sozialdemokratischen Zeitung unwiderprochen blieben. Wir freuen uns, wenn das Bürgerthum gute und rechte Vertreter und wir ehrliche Gegner haben, aber wegen solcher liberalen Leute wie Dr. Mugdan bedauern wir das Bürgerthum. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Graf Ballesfrem: Das Wort wird nicht weiter verlangt.

Abg. Stadthagen (Soz.): Doch! (Große anhaltende Unruhe rechts.) Ich muß doch bei der Kampfesweise des Abg. Dr. Mugdan seine Behauptungen richtig stellen; sonst sagt er wieder, wir hätten ihm alles zugeben müssen. Ich konstatiere, daß ich nie zugegeben habe, daß etwas entwendet worden ist. (Rachen rechts.) Meine Herren! Wenn Sie durch Lachen etwas beweisen könnten, könnte es auch der Abg. Mugdan. (Stürmische Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Dr. Mugdan hat jetzt zugegeben, daß das, was in den Akten steht, wahr ist. Er hat das vorher als größte Gemeinheit der sozialdemokratischen Presse bezeichnet. Der Vorwurf fällt jetzt auf ihn, der ihn erhoben hat, zurück.

Präsident Graf Ballesfrem (unterbrechend): Ich rufe Sie zur Ordnung, weil Sie einem Abgeordneten Gemeinheit vorgeworfen haben.

Abg. Stadthagen (fortfahrend): Deutlicher — milder konnte die Kampfesweise des Herrn Mugdan nicht charakterisiert werden. (Große Heiterkeit.) Wir erblicken in dem Abschreiben der Schriftstücke nichts Unerrechtes. (Zuruf des Grafen Oriola.) Ja, Herr Graf, in den Depeschenverhältnissen von Ihrer Seite aus den 50 Jahren erblicken wir allerdings etwas Unerrechtes. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Uns kommt es darauf an, daß die Angelegenheiten auf dem Gebiet des Strafvollzugs festgestellt sind; und wenn eine Flut von Schimpfworten hinter uns herantreibt, kann es uns nur recht sein. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Mugdan (fr. Sp.): Ich will nur die Vermutung zerstreuen, als ob ich das Material direkt oder indirekt von den Gefängnisbeamten oder der Gefängnisverwaltung bekommen hätte. (Lebhafte Zurufe bei den Sozialdemokraten: Von wem denn?) Von wem ich es habe, ist ja gleichgültig. (Stürmische Zurufe bei den Sozialdemokraten: Aha! — Abg. Ledebour (Soz.): Auf spirituellem Wege! Große Heiterkeit.) Ich lasse mir das Recht nicht nehmen, wenn Sie Anklagen erheben, zu prüfen, ob sie wahr sind. (Bravo!)

Damit schließt die Diskussion. Die Resolution Auer wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des Abg. v. Gerlach (fr. Sp.) abgelehnt. Da die Sozialdemokraten sehr zahlreich anwesend sind, ruft die Rechte höhnisch: Wehheit! Wehheit! und dazwischen: Gerlach! Genosse Gerlach! (Große Heiterkeit rechts.) Der Rest des Justiz-Etats wird debattellos bewilligt; desgleichen die Etats der Verwaltung der Eisenbahnen, der Expedition nach Ostasien, zum Etat der Zölle und Verbrauchsteuer und liegt eine Resolution Dr. Arendt (Sp.) vor betreffend Besteuerung des aus andren Stoffen als aus Rübren hergestellten Jaders und betreffend Erleichterungen für Inländer, die durch die Ausführung des Schiffsverkehrsgesetzes unverschuldet hart betroffen sind.

Die Beratung der Resolution wird ausgesetzt und soll am Sonnabend als erster Punkt auf die Tagesordnung gesetzt werden. Der Etat wird im übrigen debattellos bewilligt, ebenso eine Reihe kleinerer Etats. Zum Etatsgesetz liegt ein Antrag Dr. Spahn (C.) vor, der die Erhebung von 17 Millionen Matrifularbeiträge vorerst für ein Jahr aussetzen will.

Reichssekretär Herr v. Stengel: Der Antrag ermöglicht in dankenswerter Weise noch in letzter Stunde eine Verständigung zwischen Reichstag und Bundesrat über die Finanzierung des Etats. Die Abgg. Herr v. Ritzhofen (L.) und Dr. Sattler (natf.) stimmen dem Antrage zu.

Das Haus beschließt nach dem Antrage Dr. Spahn. Der Rest des Etats wird debattellos erledigt und der Etat in der Gesamtabstimmung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten (bei einer Anwesenheit von im ganzen ca. 20 Abgeordneten) angenommen.

Darauf verlegt sich das Haus. Nächste Sitzung Sonnabend 1 Uhr. (Resolution zur Juddersteuer, Gesetz betreffend Entlastung des Reichsgerichts.)

Schluß 8 Uhr.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Grünau. Der Wahlverein hält heute abend 9 Uhr an der Grünau Ecke eine Mitglieder-Versammlung ab. Da wichtige Punkte zu erledigen sind, so ist das Erscheinen aller Mitglieder notwendig.

Richtenberg. Sonntag früh 1/2 Uhr findet eine Flugblattverbreitung statt. Die Genossen werden ersucht, pünktlich in den bekannten Bezirkslokale zu erscheinen. — Dienstag, hält der

Wahlverein bei Höllisch, Frankfurter Chaussee 120, seine Monatsversammlung ab, zu der der Reichstags-Abgeordnete Südekum das Referat übernommen hat.

Nummelsburg-Bezogen. Am Sonntag, 15. Mai, morgens 7 1/2 Uhr, findet eine Flugblattverbreitung statt. Die Genossen werden ersucht, sich recht zahlreich zur angegebenen Zeit in den bekannten Lokale einzufinden.

Reichensee. Die Flugblattverbreitung am Sonntag früh 7 1/2 Uhr findet von den bekannten fünf Abteilungslokale aus statt. Regere Beteiligung ist sehr erwünscht.

Mariendorf und Umgegend. Sonntag: Agitationstour. Treffpunkt 5 1/2 Uhr beim Genossen Reichardt, Mariendorf, Chaussee-straße 16; für Nachzügler 6 Uhr 10 Min. Militärbahnhof Mariensfelde. Um rege Beteiligung ersucht. Der Vorstand.

Pantow. Am Sonntag wird ein Flugblatt verbreitet. Treffpunkt früh 7 Uhr bei Clemen, Bollanstr. 122.

Nieder-Schönhausen. Flugblattverbreitung Sonntag früh 7 1/2 Uhr bei Thiele, Eichenstraße.

Reinickendorf. Morgen, Sonntag früh 8 Uhr, findet von den bekannten Lokale aus eine Flugblattverbreitung statt.

Nieder-Schöneweide. Heute abend 8 1/2 Uhr findet bei Franz die regelmäßige Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Gäste haben Zutritt.

Nowawes. Am nächsten Sonntag findet eine Agitationstour statt. Treffpunkt morgens 7 Uhr bei Grubel, Pfeisierstraße.

Rausgangwerder. Am Sonntagmorgen 4 Uhr findet bei Kufonshy eine Volksversammlung statt. Reichstags-Abgeordneter Genosse Fr. Zubeil hat das Referat übernommen. Die Parteigenossen werden ersucht, sich recht rege an der Versammlung zu beteiligen.

Gerichts-Zeitung.

Die Verhandlungen im Pommerbank-Prozess boten gestern nichts von hervorragender Bedeutung. Die nächste Verhandlung findet am Montag statt.

Ein netter Zugführer. Eine grobe sittliche Verfehlung eines Zugführers der Stadtbahn gegenüber einem weiblichen Fahrgast kam bei einer Anklage wegen wissenschaftlich falscher Anschuldigung zur Sprache, die die 3. Strafkammer des Landgerichts II gestern gegen den Eisenbahnschaffner Otto Haunack zu verhandeln hatte. Am 3. Juni abends nach 10 Uhr fuhr das Dienstmädchen Emma Mette mit der Stadtbahn vom Bahnhof Friedrichstraße nach Johannisthal. Sie besaß sich allein im Abteil und war etwas eingeschlummert. Hinter Treptow wachte sie von einem Geräusch auf und sah, daß der Angestellte, der als Zugführer fungierte und während der Fahrt das Laufblech entlang gegangen sein mußte, in ihr Abteil getreten war und ihr gegenüber Platz nahm. Er redete sie mit den Worten an: „Na, Fräulein, nichts zu machen“ und als sie ihn zurückwies, zog er die Fenstergardinen zu und berührte das Mädchen in höchst unfittlicher Weise. Als sie ihn energisch abgewehrt hatte, verließ er das Abteil mit den Worten: „Hätte ich gewußt, daß hier nichts zu machen ist, wäre ich gar nicht hereingekommen.“ Das beleidigte Mädchen erzählte nach ihrer Heimkehr den Vorfällen ihrer Schwester und auf deren Veranlassung machte sie im Besonderen Anzeige von ihrem Erlebnis. Dann ging das Mädchen gegen den Angestellten an; das Mädchen hielt ihre Beschuldigung aufrecht, der Angestellte aber bestritt alles. Er bejahte sich dann aber im stillen eines Besseren: er ging zu dem Mädchen und bat inständig um Zurücknahme des Strafantrages. Da er betonte, daß er Familienvater sei und eventuell brotlos werden würde, ließ sich das Mädchen bewegen, die Bitte des Angeklagten zu erfüllen. Für diese wohlwollende Gesinnung erhielt sie von ihm den Ausdruck seines ganz besonderen Dankes. Wie erstaunte sie aber, als sie bald darauf vom Angeklagten wegen Verleumdung verklagt wurde! Obwohl letzterer ganz genau wußte, daß das Mädchen das böse Abenteuer mit ihm wirklich gehabt hatte, machte er ihre Anzeige im Besonderen zur Grundlage einer Privatverleumdungsklage! Das Motiv zu diesem Vorgehen war nicht Niederträchtigkeit, sondern Selbsterhaltungstrieb. Die Eisenbahndirektion hatte ihm nämlich die Alternative gestellt: entweder seine Schuld zu bekennen, oder aber gegen das Mädchen die Verleumdungsklage anzustrengen, damit auf diese Weise die Wahrheit ermittelt werde. Um seine Existenz zu sichern, hat er dann wirklich die Klage eingereicht, die nun die Anklage wegen wissenschaftlich falscher Anschuldigung im Gefolge gehabt hat. Der Angeklagte entschuldigte sich damit, daß er sich in einer peinlichen Zwangslage befunden habe und die Verleumdungsklage ja schließlich zurückgenommen worden sei. — Staatsanwalt Kesseler gab die Zwangslage des Angeklagten zu, hielt es aber doch für unerhöht, daß dieser, der sich auf das Größlichste gegen die Zeugin vergangen, sich nicht geirrt habe, das Mädchen mit einer Privatklage zu bedecken. Er beantragte drei Monate Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust. — H. A. Dr. Varnau hielt die Freisprechung aus Rechtsgründen für geboten, da das Mädchen durch die Privatklage gar nicht beschuldigt sei, ihre Angaben wider besseres Wissen gemacht zu haben und somit von dem Angeklagten gar nicht der „Begehung einer strafbaren Handlung“ bezichtigt worden sei. Eventuell empfahl sich eine niedrigere Strafe, weil zu bedenken sei, daß der Angeklagte durch seine vorgelegte Behörde in eine solche Zwangslage gebracht worden sei. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten zu einem Monat Gefängnis.

In dem Kupferprozeß, der sich vor einigen Wochen in Kürnborg abspielte und von dem auch wir kurze Notiz nahmen, sollte nach Mitteilung einiger Blätter die Tänzerin Miß Madona Duncan verwickelt gewesen sein. Der Bruder der Künstlerin teilt uns jetzt aus Paris mit, daß Miß Duncan nie an einem Theater in Kürnberg aufgetreten ist, und findet ferner an, daß gegen die Verbreiter der ehrenkränkenden Meldung gerichtliche Vorgegangen werden soll. Wie es heißt, ist eine leichtlebige Variétékünstlerin irrtümlich mit Miß Duncan verwechselt worden.

Vermischtes.

Grubenunfälle. Das „Eislebener Tageblatt“ meldet: Auf dem Rotildesbach acht letzte Mittwoch abends 8 1/2 Uhr ein Förderkorb, worin sich 15 Bergarbeiter befanden, zu hart auf. Infolgedessen erlitten von den Insassen 10 Mann durch Weindrücke schwere Verletzungen, während die fünf übrigen Arbeiter nur leichte Verletzungen davontrugen. — In einer Grube der Kohlen- und Eisengesellschaft zu Lerrin, Illinois, sind Mittwoch, als 325 Mann darin thätig waren, 50 Faß Pulver explodiert. Sechs Tote wurden heraufbefördert; 80 Mann sind verletzt; die andren sind, wie man befürchtet, unter den Trümmern begraben.

In Alexandrien sind mehrere Pestfälle vorgekommen, es ist daher in Konstantinopel eine 48stündige Beobachtung der Herkünfte von dort angeordnet worden. In Bagdad ist die Cholera seit 33 Tagen erloschen, daher sind die Quarantänemaßregeln aufgehoben worden.

Die Postverwaltung der Vereinigten Staaten hat Weltausstellungen-Postmarken herstellen lassen. Die grüne Centmarke zeigt das Bildnis Robert A. Livingstones, der als amerikanischer Gesandter die Unterhandlungen mit Frankreich pflog, die zum Anlauf des Louisiana-Gebiets führten. Auf der roten Zwei-Cents-Marke erblickt man das Bild Thomas Jeffersons, während die Drei-Cents-Marke das Bild James Monroes und die Fünf-Cents-Marke das Bild William McKinleys zeigt.

Explosion eines Luftballons. Als gestern nachmittags ein Luftballon in der Nähe der Place de la Bastille zu Paris niederging, durchstießen Vorübergehende den Ballon um einen Luftschiffer zu befreien. Infolge des unvorsichtigen Vorgehens explodierte der Ballon und das Feuer ergriff ein benachbartes Haus. Bei der Explosion wurden 19 Personen verletzt. Mehrere von ihnen mußten ins Krankenhaus übergeführt werden.

In unserem Verlage erscheinen unter dem zusammenfassenden Titel Kulturbilder wichtige Abschnitte aus der Kulturgeschichte, die allgemeinverständlich dargestellt und reich illustriert werden. Das Unternehmen beginnt mit der Darstellung der Religionskämpfe des 16. und 17. Jahrhunderts unter dem Titel:

Wider die Pfaffenherrschaft

von Emil Rosenow

Dem Standpunkte des historischen Materialismus entwirft der Verfasser das Kulturbild der mittelalterlichen Pfaffenherrschaft. Der Leser sieht, wie inmitten der zusammenbrechenden römischen Gesellschaft die **urchristlich-kommunistischen Agitationen** beginnen, welche die herrschende Klasse Roms dergeblich niederkämpfen sucht; wie sich aus dem urchristlichen Kommunismus die **Kirchenherrschaft** entwickelt, wie sie ihren Siegeszug durch die Länder hält. Er zeigt, wie das **Papsttum** entsteht und den Gipfel seiner Macht erklimmt; wie die Kirche das politische und ökonomische Leben beherrscht, bis, beim Ausgange des Mittelalters, die aufkommende **kapitalistische Wirtschaftsweise** der Pfaffenherrschaft den Boden entzieht und in Blut und Kriegsgewimmel ihren Zusammenbruch herbeiführt.

Das **Papsttum**, die **Klöster** und **Möncherei**, die politische-ökonomische Tätigkeit des mittelalterlichen Klerus; die große Ausbeutung der Volksmassen durch Steuern, Fronen, Knecht usw.; die blutige und grausame Bekämpfung jeglicher Opposition (**Reherverfolgungen**), die finstere Zeit der **Hexenprozesse**, die grausame Niederschlagung des Volkes (**Bauernkriege**,

Wiederauferstehungen) und schließlich das furchtbare **Ende des 30jährigen Krieges** . . . das alles sieht der Leser in packender Darstellung an (seinem geistigen Auge vorüberziehen).

In die Zeit, deren Schilderung der erste Band unseres Werkes dient, fällt auch die **Wiedergeburt der antiken Kunst**; in ihr entstanden die unerreichten Werke eines **Ramazzini**, **Dürer**, **Polkeim**. Aus diesen Quellen sind unsere Illustrationen geschöpft. **Der erste Band wird gegen 400 Bilder, darunter Abbildungen der größten Meisterwerke jener Zeiten und Völker bringen**, die, wie wir erwarten, den Befehl der gesamten Arbeiterwelt finden werden.

Der erste Band wird in 50 Lieferungen à 20 Pfennig erscheinen

Jeder Band ist für sich abgeschlossen, so daß das Abonnement auf den einen Band nicht den Bezug der weiteren Bände notwendig macht.

Wöchentlich erscheint ein Heft.

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.



Grosse Posten lombardiert

gewesene und andre Herrengarderoben sollen jetzt

im Laden **Belle-Alliance-Strasse 107** im Laden **Kaltestelle der Hochbahn** am **Blücherplatz** Kaltestelle der Hochbahn

zu noch nie dagewesenen billigen Preisen verkauft werden:

- Herren-Stoffanzüge, moderne Façons, schon für Mk. 5.75
- Herren-Stoffhosen " " " " " " " " 1.75
- Herren-Paletots " " " " " " " " 5.50

Lüsterjackets, Jünglings- und Knaben-Anzüge zu enorm billigen Preisen.

Geöffnet täglich bis 9 Uhr, diesen Sonntag 8-10 und 12-6 Uhr.

6. Ziehung 5. Klasse 210. Rgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 13. Mai 1904, nachmittags. Nur die Gewinne über 240 RM. sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Cigne Wambly.)

| | | | | | | | | | | | | | | | | |
|--|---|---|--|--|--|--|---|---|--|--|---|---|---|--|--|-----------------|
| 37 77 157 [500] 207 407 530 672 867 1183 205 14 | 63 97 313 [500] 408 75 334 42 46 85 [500] 2120 358 | 424 89 [1000] 687 [1000] 3081 308 448 531 53 080 700 | [500] 20 65 867 82 [1000] 912 4175 285 497 563 730 | 819 20 26 92 938 5084 150 225 336 449 96 586 656 | 6018 34 40 124 58 255 380 901 3 20 83 804 28 7043 | [500] 296 305 430 57 546 8200 349 948 9305 96 83 | 328 65 606 | | | | | | | | | |
| 10012 34 77 134 338 68 403 66 517 648 [1000] 87 | 733 860 946 [500] 11117 214 95 624 29 [500] 62 773 | 848 12023 157 94 257 417 32 094 745 [500] 816 62 | 910 41 [500] 62 13030 46 327 462 967 [1000] 14000 | 29 57 113 51 59 228 387 98 376 566 67 627 67 732 | [500] 845 48 15037 134 229 307 648 [500] 750 817 | 19 [500] 29 68 [500] 16405 [500] 90 544 688 17028 | 91 140 71 301 96 456 967 18018 90 271 302 6 93 [500] | 615 [1000] 635 755 584 929 19132 215 394 688 629 43 | 714 830 860 83 | | | | | | | |
| 20056 171 254 450 531 48 63 [500] 66 748 900 85 | 85 21021 145 201 15 355 [500] 449 820 83 [500] 827 | 714 35 879 [1000] 85 88 22043 231 41 50 693 776 95 | 818 30 65 97 23184 450 88 701 86 [1000] 930 [500] | 24144 65 287 854 77 [500] 930 97 25101 879 88 [500] | 644 67 781 83 802 41 918 29207 358 907 716 43 983 | 27009 11 70 621 50 616 84 834 972 28024 87 442 618 | 66 707 24921 64 218 24 [500] 679 900 50 | 30014 29 [1000] 170 [500] 246 316 27 79 703 [500] | 50 73 906 [500] 984 31408 725 93 900 34 77 920 32119 | 52 322 427 33013 141 309 63 401 221 [500] 633 84 | 826 29 959 [500] 34082 117 33 227 40 369 42 735 824 | 981 35082 165 237 89 319 479 820 33 44 81 [1000] 95 | 934 38 36314 65 [1000] 81 550 660 718 77 83 832 920 | [500] 37002 369 447 642 [500] 737 882 834 38 38013 | 62 76 226 54 359 [500] 838 67 81 681 84 90 39070 175 | 535 687 705 804 |
| 40035 419 503 62 96 604 778 903 40 57 41000 | 174 290 33 467 95 330 744 926 84 42101 277 95 [500] | 482 605 78 828 41 932 43014 27 140 288 343 [500] 449 | 727 808 6 91 44162 [500] 286 334 487 783 45020 | 166 87 381 578 694 796 808 [500] 89 974 40060 78 | 284 384 77 92 629 779 843 47112 306 39 424 83 510 13 | 908 14 33 41 71 48004 34 142 51 [500] 404 18 510 | [1000] 33 670 75 745 467 49077 150 86 364 95 490 | [1000] 633 | | | | | | | | |
| 50088 237 73 382 418 527 20 40 617 809 42 51041 | 95 200 63 [500] 320 409 775 [500] 822 973 85 95 52040 | 280 [500] 372 308 [500] 53014 27 140 288 343 [500] 449 | 44 751 963 54300 [500] 55200 40 63 85 301 418 | 696 665 724 26 996 56003 [1000] 167 [500] 222 [500] | 605 762 96 910 57074 119 39 66 94 338 [1000] 803 618 | 694 58001 218 82 [500] 342 75 59012 60 100 433 | 58 532 654 930 | | | | | | | | | |
| 60105 87 250 325 465 75 844 58 640 59 [500] 91 754 | 906 61294 [500] 317 [500] 88 466 72 711 75 863 960 70 | 62018 42 95 204 338 637 978 63404 66 96 967 643 | [1000] 70 780 830 979 64007 [500] 148 362 67 443 804 | 640 720 97 930 [500] 65044 36 135 285 406 520 [1000] | 614 29 [1000] 40 [500] 818 66005 [1000] 145 500 | 728 77 881 900 96 67104 295 331 472 [500] 541 702 27 | [500] 820 68003 199 210 682 786 883 933 69012 28 | 272 86 577 719 78 871 929 | | | | | | | | |
| 70004 306 [500] 491 [1000] 517 635 723 60 67 | 78 910 90 71019 [500] 90 102 [500] 362 600 29 65 68 | 830 32 70 72 72052 110 208 9 14 421 68 634 961 93 73126 | 28 42 310 78 411 733 46 978 74039 125 328 [1000] 943 | 801 943 75089 111 385 374 946 81 76006 69 202 328 | 425 513 64 646 [1000] 824 [500] 83 [500] 77068 149 | 65 90 215 60 [500] 83 368 429 778 919 78021 62 471 | 322 469 536 [1000] 694 [500] 836 79088 197 262 87 | 307 785 868 904 67 87 | | | | | | | | |
| 80014 271 [5000] 73 591 602 88 72 753 983 88 | 81012 48 62 101 16 304 464 687 643 [500] 830 82078 | 211 13 364 420 46 638 784 850 93 89432 71 [1000] 631 | [500] 33 994 84139 974 710 85029 63 176 [500] 233 | 305 [500] 540 87 970 [1000] 997 86099 118 89 93 364 | 434 [500] 524 43 615 867 [500] 941 87174 289 323 32 | 34 401 749 [1000] 814 944 88122 222 700 824 27 961 | 89060 96 164 208 457 [1000] 509 732 | | | | | | | | | |
| 90074 223 328 67 78 80 401 500 63 89 671 992 56 | 91083 70 [10000] 94 [1000] 421 [500] 89 510 22 | [500] 46 706 92073 356 412 81 610 [500] 54 718 93082 | 151 267 877 92 894 73 78 94074 25 113 69 326 453 | 507 610 873 971 95224 319 547 813 96155 605 94 | 774 [500] 801 976 92 97003 [500] 6 153 235 300 89 | 624 60 840 98153 213 434 89 515 6 673 836 944 60 | 99197 367 423 72 78 851 790 | | | | | | | | | |
| 100223 63 312 72 581 614 28 58 704 [1000] 28 | [500] 981 [1000] 91 101867 [500] 143 290 357 71 72 | 82 801 91 [100232 360 482 [500] 687 90 627 103011 | 87 94 609 [500] 75 727 39 913 90 104000 154 238 39 | 581 694 105139 78 94 [500] 214 62 378 83 [500] 13 | 30 83 616 801 100425 [500] 670 82 873 [500] 213 | 976 107189 333 401 725 43 838 908 68 108188 213 | 377 589 [1000] 661 [1000] 750 694 [500] 59 [500] 903 59 | 109067 30 101 [500] 830 382 484 96 622 329 47 | | | | | | | | |
| 110012 15 22 365 567 619 38 775 110105 54 119 | 480 76 [500] 682 645 91 822 368 712005 82 184 84 | 79 273 414 60 570 89 639 [500] 41 704 113068 81 194 | 286 888 897 919 83 114156 376 90 431 64 92 532 54 | 83 667 81 721 [1000] 28 118082 208 29 333 421 87 | | | | | | | | | | | | |

6. Ziehung 5. Klasse 210. Rgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 13. Mai 1904, nachmittags. Nur die Gewinne über 240 RM. sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Cigne Wambly.)

| | | | | | | | | | |
|---|--|---|--|---|--|--|--|---|-------------------------------|
| 120032 180 202 324 488 [1000] 567 990 121015 | 154 308 13 409 579 622 122010 111 251 333 97 815 885 | [1000] 123229 443 79 [500] 583 649 124083 212 | [500] 57 [500] 350 80 432 80 92 821 43 82 934 125059 | 112 92 327 60 593 631 784 811 51 78 929 65 126013 88 | 128 [500] 48 [500] 383 401 [1000] 69 520 [500] 25 733 | 894 79 127136 85 223 304 452 51 533 975 128300 | 122 [1000] 90 349 [500] 91 402 13 633 [500] 87 729 995 | 129012 85 338 495 538 715 869 | |
| 130338 53 436 82 [500] 590 699 47 815 64 77 929 | 131394 444 506 732 962 132094 143 289 [500] 317 | 77 92 476 77 702 805 [1000] 84 133095 195 896 [500] | 97 938 134096 128 354 424 578 92 630 37 49 58 68 | 950 82 135075 116 45 235 42 57 58 368 814 136329 | 597 664 786 869 88 967 137115 302 508 813 822 78 | 970 138050 229 479 538 82 630 47 61 757 139150 | 373 549 622 | | |
| 140023 239 338 [1000] 711 867 87 931 61 141132 | 223 81 79 312 46 [1000] 404 88 707 33 823 957 [500] 66 | 67 142036 229 307 875 626 802 97 967 70 143040 | 91 [500] 105 [1000] 99 235 90 439 32 873 779 894 | 144032 306 34 81 415 [500] 30 665 730 42 [500] 62 960 | 79 145021 30 681 896 55 78 87 96 [500] 49 146020 | 80 110 74 290 369 416 [1000] 532 630 737 147330 490 | 689 [500] 706 970 148240 [1000] 53 87 443 523 87 | 711 85 88 780 925 81 94 149089 280 394 [500] 422 81 | 818 [1000] 832 958 81 |
| 150015 88 228 480 637 61 713 [500] 19 [1000] 845 | 151116 [500] 91 320 22 456 537 60 89 632 44 71 [500] | 88 [500] 708 71 862 94 909 152216 301 80 525 757 | 86 875 944 57 83 153049 109 41 90 235 94 316 92 433 | 42 820 [1000] 683 725 78 832 47 942 154135 [500] 241 | 449 96 824 99 155157 67 226 54 [500] 54 90 819 949 | 156018 [1000] 32 93 265 861 640 820 38 933 35 157163 | 259 445 541 638 39 399 158100 2 324 510 33 896 | 159023 20 200 517 807 38 | |
| 160009 52 208 368 92 514 35 636 [1000] 92 805 927 | 46 161193 706 800 21 46 60 850 88 162106 87 376 | 627 67 659 816 163027 35 [1000] 140 53 [5000] 204 | 292 483 535 [1000] 829 937 38 97 164033 258 353 443 | 73 648 884 165091 287 308 407 30 66 506 26 639 62 | 61 779 964 166084 229 97 433 587 [1000] 640 733 821 | 167078 280 324 [500] 30 [500] 80 455 76 578 90 703 | 16 19 47 818 27 88 90 62 [500] 913 24 26 90 168121 | 45 320 458 88 969 70 712 32 894 [500] 227 169891 61 | 100 66 226 61 390 447 823 967 |
| 170107 60 233 90 820 741 889 171017 [500] 250 | 323 415 38 697 172179 284 390 446 605 [500] 37 803 | 97 173208 27 64 532 666 62 79 [15000] 787 [1000] | 62 901 174004 38 289 75 [500] 88 540 73 644 69 707 | 62 97 861 [500] 175083 521 618 817 982 176015 | [500] 22 73 [500] 221 [1000] 42 48 302 69 478 801 35 945 | 177399 417 [500] 41 78 560 94 72 76 885 178230 39 | 90 707 840 43 994 179078 135 73 88 397 414 580 858 | 60 987 | |
| 180061 240 392 639 94 890 994 181025 312 61 86 | 801 182018 26 [500] 139 228 50 347 85 888 183090 | 228 340 423 20 508 688 98 747 63 998 184076 92 216 | 330 [1000] 629 [1000] 34 676 185339 [1000] 43 472 92 | 634 95 734 984 186171 80 [1000] 321 530 816 97 991 | 187173 333 619 839 [1000] 99 992 188015 [5000] | 65 148 51 76 400 684 668 189041 165 236 43 324 61 | 700 846 | | |
| 190023 128 241 492 596 716 933 77 44 191011 83 | 138 468 [500] 517 739 965 [500] 192023 56 172 218 | 1000 476 693 90 624 90 193000 267 387 [1000] 401 | 598 712 42 963 27 194139 [1000] 61 322 42 622 51 82 | 787 812 81 88 923 195009 64 88 286 [500] 365 480 | 897 867 705 880 906 196007 76 160 220 58 358 89 98 | 619 625 43 [500] 701 84 197107 29 34 254 440 580 | 615 72 745 76 198008 54 204 8 20 59 306 55 73 800 | 680 706 914 [500] 82 199201 306 520 30 614 902 | |
| 200216 333 478 541 72 723 848 82 87 997 201042 | 95 166 307 [500] 599 883 988 202007 16 61 161 413 | 34 514 721 910 203004 [500] 118 73 611 000 42 57 | [1000] 997 204000 77 83 356 407 718 205709 | 206023 153 56 79 623 33 734 911 207007 [500] 124 | [500] 200 [500] 397 459 991 [500] 880 [1000] 208000 | 208 366 454 64 632 55 645 837 92 954 [500] 90 [500] | 209029 78 95 625 [500] 56 842 47 [500] 951 | | |
| 210019 34 66 100 322 [500] 85 823 77 211008 | 162 64 [500] 89 [1000] 243 [1000] 401 68 540 63 | [1000] 80 85 620 769 79 80 812 [1000] 921 212019 | 97 188 207 405 64 72 598 [1000] 809 839 213090 109 | 821 36 517 807 79 [1000] 803 13 927 214121 313 [1000] | 482 722 827 60 79 981 215216 430 782 802 216011 | 356 [1000] 810 894 748 845 217056 127 89 99 521 | [500] 649 794 [1000] 916 218116 [500] 372 508 [500] | 42 739 61 219026 [1000] 112 83 846 [1000] 332 498 | 536 628 916 78 |
| 220068 918 60 221068 72 140 226 99 94 814 | 222309 [500] 307 464 674 99 707 571 917 91 223015 | 143 420 [500] 502 [1000] 20 [500] 45 626 702 961 | | | | | | | |

Im Gewinnschein beigefügt: 1. Gewinn zu 100000 RM., 2. Gewinn zu 50000 RM., 3. Gewinn zu 25000 RM., 4. Gewinn zu 10000 RM., 5. Gewinn zu 5000 RM., 6. Gewinn zu 2500 RM., 7. Gewinn zu 1000 RM., 8. Gewinn zu 500 RM., 9. Gewinn zu 250 RM., 10. Gewinn zu 100 RM., 11. Gewinn zu 50 RM., 12. Gewinn zu 25 RM., 13. Gewinn zu 10 RM., 14. Gewinn zu 5 RM., 15. Gewinn zu 2 RM., 16. Gewinn zu 1 RM.

6. Ziehung 5. Klasse 210. Rgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 13. Mai 1904, nachmittags. Nur die Gewinne über 240 RM. sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Cigne Wambly.)

| | | | | | | |
|--|---|---|---|--|--|----------------------------|
| 8 241 374 510 29 687 776 87 882 88 994 1047 70 201 | 482 636 60 74 779 [500] 826 637 62 [500] 2398 809 | 47 3105 14 [1000] 22 [500] 211 402 640 883 4209 347 | 607 59 813 46 909 42 [1000] 49 5004 34 97 173 396 658 | 77 82 96 [500] 827 [500] 902 15 6384 96 588 916 17 | 7187 [1000] 216 44 404 90 564 734 35 58 [1000] 948 | 8086 184 69 488 96 539 636 |
|--|---|---|---|--|--|----------------------------|

S. Joseph

Schöneberg, Hauptstr. 1, Ecke Grunewaldstrasse.

Bedeutend unter Preis!

Wegen Umbau und Vergrößerung

Räumungs-Ausverkauf

meines grossen Lagers in fertiger Herren- und Knaben-Garderobe.

Das Ende!

Für eine ganz kurze Zeit
nur sind Sie in der Lage,
~ ~ die wunderbaren ~ ~

TAIT'S Diamanten

die beste Imitation der Welt!

zu $\frac{1}{6}$ ihres früheren Preises zu erwerben.

Waaren, die früher 6 Mark gekostet haben, jetzt für kurze Zeit

1 Mark

das Stück incl. Fassung.

Tait's American Diamond Palace · Berlin

Der Versand geschieht ab unserer Adresse:
Berlin W., Friedrich-Strasse 169.
Jeder Gegenstand wird gegen Voreinsendung von 1,30 Mark franco oder gegen Nachnahme von 1,50 Mark versandt. — Für das Porto von 30 resp. 50 Pfennig kann nicht nur ein, sondern auch zwei oder mehrere Gegenstände versandt werden.
Nachkonfirmationsbescheid wird bereitwillig kostenlos umgetauscht!

FRIEDRICH-STR. 169

zwischen Behren- u. Französische Str.

FRIEDRICH-STR. 183

zwischen Mohren- u. Tauben-Strasse.

CENTRAL-HOTEL

Laden 15.

FRIEDRICH-STR. 143

zwischen Dorotheen- u. Georgen-Str.



Dieser weiche Herrenhut kostet mit Satinfutter 1,75 Mark. mit Atlasfutter 2.— kleinere Form 1,50



Dieser schwarze steife Hut mit Futter kostet 2 Mark.



Grösste Auswahl in Herren-, Knaben- und Mädchen-Mützen

Oscar Arnold

Grösstes Special-Geschäft

Engros für Filzhüte, Strohüte u. Mützen Export nur **Dresdenerstr. 116** (Kein Laden)

Einzelverkauf zu erstaunend billigen Preisen und aussergewöhnlich reichhaltige Auswahl in allen Preislagen.

Butterhandlung J. Maeding

empfehlen in ihren
Filialen:
Andreas Markthalle
Stand 115-118.
Krautstrasse 48,
dicht neben der Halle.
Grüner Weg 85.
Fruchtstrasse 66.
Wiederverkäufer erhalten direkten Engros-Preis, da ich mit verschiedenen erstklassigen Molkereien abgeschlossen habe. Um geneigten Zuspruch bittend, zeichnet
Hochachtungsvoll die Firma: **J. Maeding.** 51842*

bewährteste Nahrung für
Kufeke's Flinder
mehl gesunde u. magen-darmkranke Kinder.

S. Piket, Herren- und Knaben-Garderoben, jetzt 44, Prinzenstr. 44, Laden.

Zeige meiner geehrten Kundschaft hierdurch ergebenst an, dass ich mein Geschäft von **Prinzenstr. 77** in die bedeutend vergrösserten Räume **44 Prinzenstr. 44,** gegenüber dem alten Geschäft, verlegt habe. 4960L*

Monats-Garderobe.



AUSVERKAUF.

Wegen horrenden Mietsteigerung — jährlich 1500 Mark — bin ich gezwungen, mein großes Lager in

Güten, Schirmen, Mützen, Krawatten usw. zu verkaufen, es kommen nur meine bekannt guten Qualitäten zum Verkauf und ist jeder berechtigt, bei Bezahlung 10% in Abzug zu bringen.

Otto Gerholdt, Dresdenerstr. 2, Ecke Stalitzerstrasse.

Leihhaus

Friedrichstrasse 131^D, 1. Etage. Kein Laden.

Ecke Karlstrasse, zwischen Bahnhof Friedrichstrasse und Oranienburger Thor.

Täglicher Verkauf hocheleganter, streng moderner Herren-Garderobe zu enorm billigen, aber streng festen Preisen. — Jeder Gegenstand ist mit grossen Zahlen ausgezeichnet.

Frühjahrs-Paletots Mark **6.—**
10.—, 12.—, 18.—, 20.—, 25.—, 30.—, Prima

Herren-Stoffhosen Mark **2.—**
3.—, 4.—, 5.—, 6.—, 7.—, 10.—, Prima

Herren-Stoffanzüge Mark **8.50**
10.—, 12.—, 15.—, 18.—, 20.—, 25.—, 30.—, Prima

Kellner-Anzüge Mark **11.—**
Kellner-Jackets Mark 7.—

Bitte genau auf **131D, 1.** zu achten. Beleihung, Ankauf und Verkauf von getr. u. neuen Herren-Garderoben, Goldsachen, Uhren, Juwelen etc. **Pol. konz. Leihhaus.**

Werktäglich von morgens 8 bis abends 9 Uhr geöffnet. Sonntags von 8—10 und 12—2 Uhr.

